



## Protokoll des Kantonsrats

89. Sitzung der 31. Legislaturperiode (2015–2018)

Donnerstag, 13. Dezember 2018 (Nachmittag)

Zeit: 14.10–17.25 Uhr

### Vorsitz

Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch, Risch  
bzw. Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet, Menzingen

### Protokoll

Beat Dittli

### Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse

<https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse>

Den Platz des Landschreibers nimmt während der ganzen Sitzung die stellvertretende Landschreiberin Renée Spillmann Siegwart ein.

#### 1228 Präsenzkontrolle

An der heutigen Nachmittagssitzung sind 74 Ratsmitglieder anwesend.

Abwesend sind: Magda Feldmann, Susanne Giger und Daniel Marti, beide Zug; Remo Peduzzi und Beat Unternährer, beide Hünenberg; Florian Weber, Walchwil.

#### 1229

TRAKTANDUM 5 (Fortsetzung)

### Wahl der kantonalen Schätzungskommission für die Amts dauer 2019–2022

Vorlage: 2917.1 - 15933 (Bericht und Antrag der Justizprüfungskommission).

Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass der Vizepräsident der kantonalen Schätzungs kommission noch nicht gewählt ist. Es braucht einen dritten Wahlgang. Im Rennen sind noch Walter Annen und René Kryenbühl.

Die Stimmenzählenden teilen den Wahlzettel aus und sammeln ihn wieder ein. René Kryenbühl befindet sich im Ausstand.

Nach der Auszählung der Wahlzettel teilt der **Vorsitzende** das Resultat mit:

Ausgeteilte Wahlzettel	Eingegangene Wahlzettel	Leere Wahlzettel	Ungültige Wahlzettel	In Betracht fallende Wahlzettel	Absolutes Mehr
72	72	0	1	71	36

Stimmen haben erhalten:	Anzahl Stimmen
Walter Annen	36
René Kryenbühl	35

→ Der Rat wählt Walter Annen für die Amts dauer 2019–2022 zum Vizepräsidenten der kantonalen Schätzungs kommission.

**TRAKTANDUM 7 (Fortsetzung)**

**Geschäfte, die am 29. November 2018 nicht behandelt werden konnten:**

**1230** Traktandum 7.5: **Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Kosten und Entwicklungen im Straf- und Massnahmenvollzug**  
Vorlagen: 2863.1 - 15764 (Interpellationstext); 2863.2 - 15912 (Antwort des Regierungsrats).

**Jean-Luc Mösch** spricht für die Interpellantin. Die CVP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation, welche durch die fraktionsinterne Kompetenzgruppe Sicherheit ausgearbeitet wurde. Aus den aufschlussreichen Ausführungen ergeben sich für die CVP noch folgende Fragen:

- Bezugnehmend auf Frage 1 betreffend Kostenstrukturen erstaunt es, dass keine vertieften Kostenanalysen zu den unterschiedlichen Haftarten erhoben werden. Was in anderen Branchen mittels Taxpunkten oder unter Bezug kompletter Software-Lösungen möglich ist, sollte auch hier zu einem gewissen Grad möglich sein. Gerne würde die CVP von der Regierung die Absichtserklärungen bzw. Stellungnahme entgegennehmen, dass diese versucht, diesen Punkt anzugehen.
- Ebenfalls mit Bezug auf Frage 1 erachtet die CVP eine Kostenverrechnung unter den zuweisenden Behörden VBD, AFM sowie Staats- und Jugandanwaltschaft als sinnvoll, denn das schafft Transparenz bei den Kosten. Gerne würde die CVP auch hier von der Regierung die Absichtserklärungen bzw. Stellungnahme entgegennehmen, dass diese versucht, diesen Punkt anzugehen.
- Bevor der Votant zur letzten Frage kommt, zitiert er Nelson Mandela – dies auch in der Hoffnung, dass die SVP-Fraktion sich ebenfalls dafür interessiert: «Es erscheint immer unmöglich, bis es einer vollbracht hat.»
- Ebenfalls unter Frage 1 fällt das zusammengefasste Betriebsergebnis der IKS Bostadel. Hier stellt sich bei genauer Betrachtung die Frage, weshalb sich das Betriebsergebnis seit 2013 so verschlechtert hat. Ebenso stellt sich die Frage, ob für 2018/19 gar Beiträge an ein Defizit entrichtet werden müssen. Gerne nimmt die CVP auch dazu eine Stellungnahme der Regierung entgegen.

**Esther Haas** spricht für die ALG-Fraktion. Die CVP stellt in ihrer Interpellation gute und wichtige Fragen und bekommt entsprechend ausführliche und nachvollziehbare Antworten. Inhaltlich äussert sich die Votantin nicht dazu, denn als Mitglied der JPK hat sie den Eindruck, dass die Fragen in etwa jenen entsprechen, welche die JPK bei ihren Visitationen den Verantwortlichen der Gerichte stellt. Die JPK kommt damit ihrem Kernauftrag nach, sich bei den Visitationen via Befragungen ein Bild über die Abläufe bei den Zuger Gerichten zu machen. Nun ist die CVP mit zwei Mitgliedern in der engeren JPK vertreten. Die Votantin ruft die CVP dazu auf, entsprechend Vertrauen in die Seriosität der JPK zu haben. Denn die Fragen der CVP sind auch diejenigen der JPK.

**Philip C. Brunner** hält fest, dass der Vorstoss eine wunderbare Sache vonseiten der CVP ist. Als ehemaliges JPK-Mitglied dankt er Esther Haas für ihre Bemerkungen. Er hat sich gefragt, weshalb die CVP diese Fragen stellt. Vielleicht will sie damit dem Sicherheitsdirektor die Möglichkeit geben, sich zu diesem Bereich einmal öffentlich zu äussern. Oder handelt es sich – die Rede ist von 8 Millionen Franken – um ein vorbereitendes Geschäft vonseiten der CVP in Hinblick auf künftige Investitionen? Der Sicherheitsdirektor wird sicher etwas zum Hintergrund sagen können. Der Votant kann sich nicht vorstellen, dass eine so gute Interpellation ohne irgend-

einen Hintergedanken eingereicht wird. Denn Sicherheit ist ein wichtiges Thema, und es gibt relativ wenige Klagen aus dem Bereich Straf- und Massnahmenvollzug. Die Aufgaben werden dort offensichtlich gut wahrgenommen; zumindest gibt es keine anderen Signale aus der JPK. Der Votant ist deshalb sehr gespannt auf die Antwort des Sicherheitsdirektors.

Sicherheitsdirektor **Beat Villiger** hält fest, dass es sich weder um eine von ihm bestellte noch um eine mit seiner Partei abgesprochene Interpellation handelt; die Fraktion hatte ihre eigenen Beweggründe für den Vorstoss.

Der Sicherheitsdirektor hält fest, dass ihm die nicht klar vorhandene Kostentransparenz seit Jahren etwas Sorge bereitet. Es ist beim Kanton aber Praxis, dass innerhalb der Ämter und generell innerhalb der Verwaltung keine Kosten verrechnet werden. Wenn der Kanton Luzern einen Gefangenen in Zug platziert, erscheint ein entsprechendes Kostenguthaben in der Rechnung. Wenn der Kanton Zug selbst der Einweiser ist, passiert das aber nicht. Theoretisch könnte man sich auch vorstellen, dass das Gericht, das jemanden in eine Untersuchungshaft einliefert, entsprechend zur Kasse gebeten würde. Auch Abschreibungen erscheinen – das gilt auch für Schulhäuser – nicht bei der zuständigen Direktion, sondern zentral bei der Finanzdirektion. Vielleicht ist es eine Überlegung wert, diesen Grundsatz gelegentlich genauer anzuschauen. Es wäre nämlich auch dem Sicherheitsdirektor lieber, wenn er für die Strafanstalt genau aufzeigen könnte, welche Gefangenen wie viel bringen; es gibt für Untersuchungshäftlinge, Langzeitinhaftierte etc. nämlich unterschiedliche Pauschalen, die in der Antwort des Regierungsrats nicht differenziert werden. Man muss dieses Prinzip intern einmal besprechen, im Moment ist es aber so, wie es ist.

- ➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

#### Traktandum 7.6: **Zwei parlamentarische Vorstösse betreffend Paradise Papers:**

**1231** Traktandum 7.6.1: **Interpellation von Andreas Lustenberger betreffend Paradise Papers: Zug bleibt im Fokus**  
 Vorlagen: 2876.1 - 15783 (Interpellationstext); 2876.2 - 15909 (Antwort des Regierungsrats).

**1232** Traktandum 7.6.2: **Interpellation der Fraktion Alternative - die Grünen betreffend erneute Aufruhr auf dem Zuger Handelsplatz: Paradise Papers & Krypto Skandale**  
 Vorlagen: 2877.1 - 15784 (Interpellationstext); 2877.2 - 15909 (Antwort des Regierungsrats).

Der **Vorsitzende** hält fest, dass die zwei Vorstösse inhaltlich zusammen behandelt werden. Er bittet, bei Bedarf zu präzisieren, zu welchem Vorstoss man spricht.

Interpellant **Andreas Lustenberger** spricht auch für die interpellierende ALG-Fraktion. Er dankt für die ausführliche Beantwortung der zwei Interpellationen sowie für die spannenden und intensiven Diskussionen, die er mit dem Volkswirtschaftsdirektor in den letzten vier Jahren zu diesem Thema führen konnte; er hat diesen Austausch geschätzt, auch wenn das vielleicht nicht immer klar ersichtlich war.

Der Votant spricht gleich zu beiden Interpellationen. Es ist wohl allen aufgefallen, dass die zwei Vorstösse im gleichen Zeitraum eingereicht wurden. Das hat damit zu tun, dass dieses Thema die ALG sehr bewegt. Aber es ist auch ein Thema, in dem der Kanton Zug in der kommenden Legislatur sicher noch etwas besser werden könnte. Das angesprochene Thema könnte aktueller nicht sein. Sicherlich haben alle Ratsmitglieder den Medien entnommen, dass das Kantonsgericht Zug am 14. November die Liquidation der erwähnten Envion AG angeordnet hat. Da stellt sich die Frage: Reicht die Aufsicht, welche zurzeit durch den Staat bzw. die FINMA ausgeübt wird? Durch die Kryptowährungen werden Investoren, deren Hintergrund faktisch nicht ermittelt werden kann, Tür und Tor geöffnet. Gleichzeitig handelt es sich anscheinend teilweise um eine Branche mit fragwürdigen Geschäftspraktiken, wie das Beispiel der Envion AG zeigt. Die ALG setzt weiterhin ein Fragezeichen hinter diesen Geschäftszweig und mahnt auch die Zuger Regierung zu Besonnenheit im Umgang mit Kryptowährungen. Sie ist gespannt, welche Vorschläge bezüglich Regulierung in diesem Bereich die in der Interpellation erwähnte, neu eingesetzte Blockchain-Arbeitsgruppe des Bundes machen wird.

Wie die Interpellationsantwort zeigt, sorgte die Aufdeckung der Paradise Papers weiterhin und während des ganzen Jahrs 2018 für Schlagzeilen. Auch wenn der angesprochene Zuger Anwalt und der Zuger Regierungsrat mit seiner Antwort etwas Licht in die Dunkelheit bringen konnten, bleibt der Beigeschmack, dass die gelenkte Selbstregulierung nicht das Ende der Fahnentstange darzustellen vermag. Die Verfilzung – gemeint ist die negative Verfilzung – von Wirtschaft, Politik und Rechtsgelehrten ist ein ernstzunehmendes Problem, welches anscheinend von Angola über den Kongo bis in die Schweiz reicht.

Wenn sich Unternehmen aus der Schweiz durch unlautere Gewinne in den Entwicklungsländern bereichern, erleidet die lokale Bevölkerung vor Ort einen finanziellen Schaden. Am 5. Dezember 2018, also vor gut einer Woche, wurde publik, dass der brasilianische Staat ein Strafverfahren gegen drei Schweizer Rohstoffkonzerne eingeleitet hat, nämlich gegen Vito und Trafigura aus Genf sowie Glencore aus Baar. Es geht um einen Korruptionsskandal rund um die staatliche Ölgesellschaft Petrobras. Während man hier in der Schweiz verantwortet, dass Milliarden von Dollars aus dem Süden in den Norden fliessen, kämpfen Millionen Menschen im Süden um das Überleben. Die ALG findet es zwar lobenswert, wenn der Zuger Regierungsrat einen aktiven Dialog mit internationalen Unternehmen pflegt. Sie erwartet jedoch auch, dass die Zuger Regierung gegenüber diesen Unternehmen klar festhält, welche Geschäftspraktiken keinesfalls toleriert werden können. Der kleine Kanton Zug hat global gesehen einen viel grösseren Einfluss, als die politische Mehrheit hier immer weismachen will. So lange keine markanten Verbesserungen eintreten, wie dies zum Beispiel durch die Annahme der Konzernverantwortungsinitiative der Fall wäre, wird die ALG jegliche Geschäftspraktiken, die zum Nachteil von Mensch und Natur sind, auf das politische Parkett zu bringen.

**Barbara Gysel** spricht für die SP-Fraktion. Die zwei Interpellationen nehmen wichtige Fragen nach möglichen Interessenkonflikten, nach Aufsichtsanfordernissen, Regulatorien und Qualitätssicherung bei Finanzdienstleistungen auf. Aus staatlicher Sicht ist es wichtig, Reputationsrisiken zu vermeiden und Integrität zu bewahren. Zug ist innovativ – ja, wohl einer der innovativsten Kantone der Schweiz. Und Zug hat eine boomende Wirtschaft, auch mit neuen Technologien; jüngstes Beispiel ist das Crypto Valley. Der Regierungsrat führt zu Recht aus, dass die FINMA eine Arbeitsgruppe «Blockchain» eingesetzt hat. Es ist wichtig, den regulatorischen Handlungsbedarf zu lösen und fachgerechte Kontrollorgane zu haben.

Das gilt auch für den Kanton Zug generell. Zug hätte die Möglichkeit, eine Vorreiterrolle einzunehmen: Was spricht dagegen, dass Zug analog zur Finanzmarktaufsicht FINMA eine «Rohstoffmarktaufsicht (ROHMA)» aufbaut? Eine solche entspricht der vor einigen Jahren publizierten Vision der Organisation «Public Eye», damit der Hochrisikosektor Rohstoffhandel eine entsprechende Aufsicht erhält; Näheres findet man unter [www.rohma.ch](http://www.rohma.ch). Die Aufdeckung und Lösung von Risiken sollten ja nicht primär über journalistische Beiträge und politische Vorstösse geschehen. Vielmehr bräuchte es ein Organ, das mit viel Fachkompetenz und einigen Ressourcen ausgestattet wäre, um allfällige Interessenkonflikte und andere Problemstellungen zu verhindern. Und so wäre es dann auch nicht nötig, dass der Regierungsrat in seiner Antwort dem kritisierten Anwalt auf Seite 4 ganze sechzehn Zeilen für eine persönliche Stellungnahme einräumt. Wünschbar wäre, dass in einem solchen Fall ein adäquates Gremium auf neutraler, unabhängiger Basis eine fachlich kompetente Beurteilung vornähme.

**Manuel Brandenberg** dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellationen. Beim erwähnten Zuger Anwalt handelt es sich um Martin Neese aus Baar; man darf diesen Namen nennen, denn sonst würden ungefähr sechshundert andere Anwälte im Kanton Zug vielleicht in Verdacht geraten. Bei der vorliegenden Interpellation besteht eine Problematik, die der Votant bereits vor Jahren ansprach: Man sollte nicht Einzelpersonen zum Gegenstand von parlamentarischen Vorstösse machen. Das ist eine Untugend. Damals ging es um Viktor Vekselberg, einen russischen Investor, mit dem der Votant keinerlei berufliche Kontakte hat. Auch hier geht es wieder darum, jemanden an den Pranger zu stellen. Das geht aus Sicht des Votanten nicht. Es entspricht aber wohl dem Weltbild derjenigen, welche für die Interpellation verantwortlich sind, Einzelpersonen, die im Kanton Zug leben und arbeiten, im Parlament an den Pranger zu stellen. Das hat nichts damit zu tun, dass Martin Neese möglicherweise wirklich in einer Organisation wie dem Verein zur Qualitätssicherung von Finanzdienstleistungen ist, die unnötig ist. Genauso unnötig ist vielleicht aber auch die Gesetzgebung, auf welcher dieser Verein beruht. Man sollte wirklich unterscheiden zwischen der Sache und der Person – und das können die Linken manchmal etwas zu wenig.

Bezüglich Kryptowährungen hält der Votant fest, dass er persönlich ein absoluter Fan von Bargeld und total gegen Kryptowährungen ist. Wenn aber jemand darauf vertraut, dass eine Firma in Zug etwas Neues tut, womit man Geld verdienen kann, und in einem *Initial Coin Offering* (ICO) sein eigenes Geld einsetzt und glaubt, dass er damit etwas verdienen kann, und am Schluss dann halt nur die Anwälte, die ihn beraten haben, daran verdienen, dann ist das einzig ein Problem des betreffenden Investors und nicht der Allgemeinheit. Und man sollte das Problem bei diesem Investor belassen.

Eine zusätzliche Aufsicht im Bereich Rohstoffhandel ist nicht nötig. Der Kanton Zug ist nicht verantwortlich für Strafverfahren in Brasilien. Wenn Brasilien ein Verfahren gegen jemanden für nötig hält, soll es dieses führen. Und zu beurteilen, ob man darauf vertrauen kann, dass der brasilianische Staat ein Strafverfahren ebenso korrekt führt, wie es der schweizerische Staat tun würde, ist Sache jedes einzelnen. Es braucht deshalb in der Schweiz aber keine zusätzliche Aufsicht. Es gilt hier wirklich Mass zu halten.

Dass die von Andreas Lustenberger angesprochene Verfilzung den Kanton Zug tatsächlich betrifft, weiss auch die SVP. Der Votant ist aber der Ansicht, dass die Verfilzung im Kanton Zug nicht so weit gediehen ist, dass sie die Institutionen in einer Weise beschlägt, dass diese nicht mehr funktionieren würden. Der Votant

spricht vor allem von den Gerichten, denn am Schluss lebt der Rechtsstaat nicht von irgendwelchen abstrakten Gesetzen, sondern von der Persönlichkeit und dem Charakter des einzelnen Richters. Der Richter muss am Schluss sagen können: Dieser Mensch ist ein Unmensch, und ich mag ihn nicht – aber er hat recht. Wer das sagen kann, ist ein wirklicher Richter. Und nach Ansicht des Votanten funktioniert das im Kanton Zug. Im Übrigen passiert Verfilzung auch in der Partei von Andreas Lustenberger. Auch Exponenten aus seiner Partei sind in sehr wichtigen staatlichen Positionen und verdanken dies wahrscheinlich ihren Beziehungen. Zu nennen ist etwa Hanspeter Uster, der kürzlich zum Chef der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft gewählt wurde. Auch er hat früher mal auf der Strasse demonstriert und ist nun in diese Position gewählt worden, was nur mit guten Beziehungen erklärbar ist. Der Vorwurf von Andreas Lustenberger fällt also auch zurück auf seine eigene Partei.

Abschliessend bittet der Votant vor allem die Linken, Augenmass zu bewahren, wenn es darum geht, Personen, die im Kanton Zug leben, arbeiten, Arbeitsplätze schaffen und Steuern – nicht wenige Steuern – bezahlen, an den Pranger zu stellen.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** hält fest, dass sich der Rat heute zum letzten Mal in dieser Legislatur diesem oder ähnlichen Themen widmet. Auch er dankt für die Debatte, die er zumeist als sachlich empfunden hat. Man darf diese Fragen stellen, und der Regierungsrat stellt sich diesen Fragen immer wieder.

In Zusammenhang mit dem Konkurs der Firma Envion wurde die Frage gestellt, ob die Aufsicht reiche. Genau dieses Beispiel zeigt, dass das Ganze funktioniert. Das Handelregisteramt fand heraus, dass es keine Revisionsstelle gibt. Als innert Frist keine Revisionsstelle bestellt wurde, erfolgte eine Anzeige an das Gericht. Dieses entschied zügig, es wurden keine Rechtsmittel ergriffen, der Gerichtsentscheid ist rechtskräftig. Dank funktionierender Institutionen und eines zügigen Vorgehens hat man sicher auch Millionen von Franken retten können. Es ist auch noch genügend Substanz da, um die Kosten dieses Verfahrens bezahlen zu können, so dass nicht am Schluss der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird. Parallel zu diesem Verfahren laufen vonseiten der FINMA bezüglich dieser und anderer Gesellschaften Aufsichtsverfahren betreffend GwG oder allenfalls anderer Finanzmarktgesezze. Man kann festhalten, dass die Institutionen und Verfahren in der Schweiz funktionieren und es keine zusätzliche politische Aufsicht braucht. Dem Volkswirtschaftsdirektor kommen Fälle wie Envion übrigens bekannt vor: Er hat als junger Anwalt Hunderte von Gläubigern in Anlagebetrugsfällen vertreten, wobei damals nicht mit Blockchain oder ICO, sondern mit klassischen Mitteln betrogen wurde. Der Unterschied liegt sicher in der Quantität: Mit ICOs erreicht man – wie im Fall Envion – 30'000 Investoren. In der Grundstruktur aber arbeiten diejenigen, die mit neuen Instrumenten betrügen wollen oder unseriöse Versprechungen machen, immer noch gleich wie früher.

Zur Forderung, die Regierung solle offensiver sein und sagen, welche Geschäftspraktiken richtig und zulässig seien und welche nicht, erinnert der Volkswirtschaftsdirektor daran, dass der Regierungsrat in seinen Antworten auf Vorstösse zum Thema Rohstoffhandel mehrfach festgehalten hat, dass er klare Erwartungen an die Unternehmen bezüglich Einhaltung von Menschenrechten, Arbeitsschutz und anderen Gesetzen vor Ort sowie eines friedlichen Dialogs mit den betreffenden Staaten und der dortigen Bevölkerung hat. Er hat aber auch gesagt, dass er nicht beansprucht, darüber hinaus ethischer Gesetzgeber oder Schiedsrichter zu sein.

Barbara Gysel hat sich eher zur Rohstoffbranche geäussert, obwohl die Interpellationen eigentlich die Finanzmarktbranche betreffen; der Regierungsrat hat sich

denn auch auf dieses Thema beschränkt. Und es sei wiederholt: Die FINMA hat auch die Aufsicht über die SRO – hier über den Verein zur Qualitätssicherung von Finanzdienstleistungen – und damit über die Führung dieser Organisationen, hier auch über deren Präsidenten Martin Neese. Der Kanton Zug muss darauf vertrauen, dass diese Aufsicht funktioniert. Und die FINMA ist nicht dafür bekannt ist, dass sie passiv oder zurückhaltend ist. Im Gegenteil: In Bundesfern wird sie von Parlamentariern gescholten, sie gehe zu weit und interpretiere ihre Kompetenzen zu weit. Es braucht also nicht noch einen zusätzlichen kantonalen Fingerzeig.

Der Aktualität halber ergänzt der Volkswirtschaftsdirektor, dass seit der Antwort des Regierungsrats die Kantone, die Wissenschaft und die Wirtschaft die «Swiss Blockchain Federation» gegründet haben, als Nachfolge der «Task Force Blockchain». Dieser Vereinigung geht es auch darum, beim Bund klare Regeln einzufordern und damit Rechtssicherheit im Bereich FinTech/Blockchain und die Integrität des Finanzmarktplatzes Schweiz zu erreichen. Der Kanton Zug ist mit zwei Regierungsratsmitgliedern im Vorstand dieser Vereinigung sehr aktiv: Finanzdirektor Heinz Tännler als Präsident, ab Januar dann auch die angehende Volkswirtschaftsdirektorin Silvia Thalmann als Vorstandsmitglied. Die Stawiko hat den Beitritt zu dieser Vereinigung denn auch positiv gewürdigt.

Es geht hier ja auch um die Angst um die Reputation des Kantons Zug. Der Volkswirtschaftsdirektor oder die Stadt Zug haben in den letzten drei Monaten neben vielen anderen Besuchen in Zusammenhang mit «Crypto Valley» folgende Delegationen empfangen: einen japanischen Vizeminister, den Stadtpräsidenten von Seoul, den US-Botschafter sowie – für den Volkswirtschaftsdirektor besonders eindrücklich – bei der UNO in Genf stationierte Botschafterinnen und Botschafter aus diversen Ländern. Bekanntlich hat die UNO im Generationenprogramm «Sustainable Development Goals» auch die Herausforderungen im Bereich Migration/Flüchtlingsströme formuliert. Es ist selten, dass Botschafterinnen und Botschafter der UNO gemeinsam solche Besuche machen, sie wollten in Zug aber herausfinden, wie man mit Blockchain-Anwendungen etwa Flüchtlingsströme erfolgreich managen kann, so dass beispielsweise dieselbe Person nicht zwei Mal das Grundversorgungspaket erhält etc.; es gibt hier enorme Möglichkeiten. Das Beispiel zeigt, dass es nicht einfach Abzocker sind, die sich für Blockchain interessieren, sondern Leute mit grossen Zielen. Wenn man das berücksichtigt, ist es um die Reputation des kleinen Kantons Zug wohl nicht so schlecht bestellt.

- ➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation von Andreas Lustenberger (Vorlage 2876.2) zur Kenntnis.
- ➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation der ALG-Fraktion (Vorlage 2877.2) zur Kenntnis.

## TRAKTANDUM 8

### **Motion der Staatswirtschaftskommission betreffend strukturelle Besoldungsüberprüfung (Berichts-Motion)**

Vorlagen: 2795.1 - 15594 (Motionstext); 2795.2 - 15927 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

Das Geschäft wurde in der Vormittagssitzung abtraktandiert (siehe Ziff. 1219).

TRAKTANDUM 9

1233

**Postulat der Raumplanungskommission betreffend Überprüfung der Ausnützungsziffer bei der Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) im Kanton Zug**

Vorlagen: 2039.1 - 13742 (Postulatstext); 2039.2 - 15931 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Heini Schmid**, Präsident der Kommission für Raumplanung und Umwelt, teilt mit, dass die Kommission das Geschäft nicht mehr beraten hat. Es ging ja nur noch darum, dass der Regierungsrat aufzeigte, wie die Fragen um die Ausnützungsziffer umgesetzt werden. Die Regierung hat glaubhaft dargelegt, was sie zusammen mit den Gemeinden diesbezüglich unternommen hat. Entscheidend ist, dass die Frage mit der Festlegung der Ausnützungsziffer in der neuen Verordnung eigentlich erledigt ist. Es bleibt, dass die Gemeinden bei den Zonenplanrevisionen gemäss PBG schauen müssen, dass die Bebaubarkeit der einzelnen Grundstücke nicht kleiner wird. Es war ja die grosse Angst der Raumplanungskommission, dass durch neue Definitionen die Überbauungsmöglichkeiten eingeschränkt werden sollten. Es wird nun Aufgabe der Gemeinden sein, in ihren Zonenplanrevisionen spätestens 2025 aufzuzeigen, dass die Grundeigentümer trotz IVHB die gleiche Bebaubarkeit haben. Das Postulat ist also umgesetzt, die Fragen wurden geklärt, die Vor- und Nachteile aufgezeigt; die Raumplanungskommission hat auch Kenntnis gehabt von der Verordnung. Es brauchte vor diesem Hintergrund keine weitere Sitzung, zumal die Sache im Sinn der Kommission umgesetzt wurde.

**Daniel Abt** spricht für FDP-Fraktion. Diese nimmt die Ausführungen der Regierung gerne zur Kenntnis und stimmt ihnen zu. Das Postulatsbegehr wurde in der Raumplanungskommission eingehend besprochen, und die Kommissionsmitglieder wurden anlässlich der Beratung der PBG-Revision 2 über die Änderungen in der Verordnung orientiert. Durch die umfassenden Ergänzungen in der kantonalen Verordnung wird diese wesentlich umfangreicher, im Gegenzug können aber die gemeindlichen Bauordnungen deutlich schlanker werden. Die FDP-Fraktion und mit ihr sicherlich auch die Zuger Bauwirtschaft sind erfreut über dieser Bündelung der Gesetzesartikel, welche eine effizientere Handhabung derselben ermöglicht.

Der Votant geht davon aus, dass dies sein letztes Votum im Kantonsrat war. Es war ihm eine Ehre.

**Flavio Roos** spricht für die SVP-Fraktion. Diese dankt für die Abklärungen zu den offenen Fragen zur Ausnützungsziffer. Die detaillierten Ausführungen der Regierung haben dem Anliegen des Postulats Rechnung getragen. Die SPV folgt dem Antrag des Regierungsrats auf Erledigterklärung und Abschreibung des Postulats.

Baudirektor **Urs Hürlimann** dankt der Raumplanungskommission und insbesondere ihrem Präsidenten bestens. Es geht um den letzten Mosaikstein einer mehrjährigen Arbeit zu den Grundzügen der räumlichen Entwicklung: PBG-Revision 1 und 2 und jetzt die Revision der Verordnung. Die revidierte Verordnung und die PBG-Revision 2 treten am 1. Januar 2019 in Kraft, über die PBG-Revision 1 stimmt das Volk am 19. Mai 2019 ab. Es war ein hartes Stück Arbeit und eine komplexe Materie, und man darf stolz sein, dass man für Zug nun eine so gute Lösung hat.

→ Der Rat schreibt das Postulat als erledigt ab.

1234

## TRAKTANDUM 10

**Postulat der FDP-Fraktion betreffend Erhaltung der Zuger Gedenkschiessen**

Vorlagen: 2726.1 - 15406 (Postulatstext); 2726.2 - 15935 (Bericht und Antrag des Regierungsrats).

**Thomas Gander** spricht für die Postulantin. Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die insgesamt positive Aufnahme ihres Anliegens. Das zusammen mit den Vereinen eine Lösung gefunden werden konnte, ist erfreulich, wobei diese noch nicht vollständig umgesetzt ist.

Im Kanton Zug gibt bzw. gab es bisher drei Gedenk- bzw. Vereinsschiessen. Es sind dies das Alp-Egg-Schiessen, das Alplischiesse und das Morgartenschiessen. Wie dem Bericht und Antrag des Regierungsrats zu entnehmen ist, wurde der Zielhang des Alp-Egg-Schiessens bereits saniert, und das Schiessen wurde eingestellt. Das Alplischiesse wird solange weitergeführt, bis das Umweltrecht ansonsten Bundesbeiträge ausschliessen würde, gemäss der aktuellen Regelung somit bis Ende 2020. Wird das Schiessen bis zu diesem Zeitpunkt eingestellt, können auch bei einer späteren Sanierung noch Bundesbeiträge abgeholt werden. Bezüglich der zwei genannten Anlässe haben die durchführenden Vereine angedacht, ein gemeinsames Schiessen durchzuführen. Dies soll am Standort des bisherigen Alp-Egg-Schiessens mittels mobiler Kugelfänge erfolgen. Die kantonalen Fachstellen sowie der Regierungsrat stehen diesem Begehr aufgrund der sensiblen Landschaft aber kritisch gegenüber. Sie würden den neuen gemeinsamen Anlass lieber auf einer bestehenden 300-Meter-Schiessanlage durchführen. Wie diese Geschichte letztlich endet, lässt sich nicht abschliessend sagen, in Bezug auf die Scheibensanierung herrscht aber Klarheit.

Das Morgartenschiessen ist das grösste und traditionsreichste Schiessen sowie das einzige Gedenkschiessen im Kanton Zug; es wird seit 1913 durchgeführt. Der grundsätzliche Sanierungsbedarf des Zielhangs, auf welchen einmal im Jahr geschossen wird, wurde bestätigt. Eine erste Grobschätzung beziffert die Sanierungskosten mit rund 580'000 Franken. Der Bund hat auf Anfrage hin zugesichert, dass er für die Sanierung des Zielhangs 8000 Franken pro Zielscheibe entrichten wird. Da früher auf 75 Scheiben geschossen wurde, entspricht dies einem Beitrag von 600'000 Franken, womit aus aktueller Sicht die Sanierungskosten gedeckt wären. Eine baldige Sanierung drängt sich aus zwei Gründen auf: Erstens ist die Umweltbelastung bereits hoch, und zweitens ist es wahrscheinlich, dass der Bund die Beitragspraxis ändert und später nur noch 40 Prozent der Sanierungskosten übernehmen wird. Wird der Zielhang mittels Bundesgeldern saniert, darf der Schiessbetrieb nach dem 31. Dezember 2020 aber nur weitergeführt werden, wenn künstliche Kugelfänge installiert werden. Abklärungen seitens des Regierungsrats haben ergeben, dass dies grundsätzlich möglich ist und das Morgartenschiessen somit weiterhin bewilligungsfähig wäre. Jedoch müsste wohl die Anzahl Scheiben reduziert werden, um den landschaftlichen Eingriff zu minimieren. Die Kosten für künstliche Kugelfänge belaufen sich selbst dann, wenn die Anzahl Scheiben reduziert wird, auf mehrere 100'000 Franken. Es ist davon auszugehen, dass der Morgartenschützenverband finanziell nicht in der Lage sein wird, diese Kosten vollumfänglich zu tragen. Um diese finanzielle Lücke zu schliessen, könnten unter Umständen Bundesgelder oder Gelder aus dem Zuger Lotteriefonds beantragt werden. Die Gewährung eines Lotteriefondsbeitrags ist jedoch nicht im Voraus möglich. Somit kann aus aktueller Sicht nicht abschliessend beantwortet werden, ob das Morgartenschiessen aufgrund der notwendigen Sanierung und der damit verbundenen künftigen Verwendung von künstlichen Kugelfängen eine Zukunft hat. Daher stellt die

FDP-Fraktion den **Antrag**, das Postulat erheblich zu erklären, es jedoch nicht abzuschreiben.

**Anastas Odermatt** teilt mit, dass die ALG-Fraktion grundsätzlich der Regierung folgt: Das Postulat soll erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben werden. Die Postulatsantwort der Regierung ist sehr ausführlich. Das ist in diesem Fall begrüssenswert, denn die Regierung kann im Bericht gut darlegen, dass sie erstens schon viel unternommen hat, um dem Postulatsanliegen entgegenzukommen – das notabene bereits bevor das Postulat erheblich erklärt wurde –, und zweitens wird sauber dargestellt, was Sache ist, inkl. diverse Szenarien etc. Diese umfassende Darlegung hat die ALG überzeugt, einerseits auf die Vorlage einzutreten, andererseits dann aber das Geschäft abzuschreiben. Hier gibt es nach Meinung der ALG nichts weiter zu tun. Denn – und damit zu den Kosten – soll der Kanton hier mitfinanzieren oder nicht? Und wenn ja: aus welcher Kasse? Bis 2017 gab es ein entsprechendes Programm zur Sanierung solcher Anlagen. Offenbar haben es aber nicht alle geschafft, innert der gesetzten Frist zu sanieren; der Votant kennt die Gründe dafür nicht, vielleicht kann ihm die Regierung da weiterhelfen. Gleichwohl fällt das ins Auge. Im Nachhinein nun mittels Postulat Lotteriefondsgelder erhaschen zu wollen, findet der Votant doppelt fragwürdig:

- Ob hierfür überhaupt Gelder aus dem Lotteriefond genommen werden dürfen, bezweifelt der Votant, und er würde diesem Ansinnen kritisch gegenüberstehen.
- Die Kompetenz dafür liegt aber klar bei der Regierung, nicht beim Kantonsrat. Und die Regierung kann erst entscheiden, wenn ein entsprechendes Gesuch vorliegt. Es gelten hier für alle die gleichen Regeln. Wenn ein entsprechender Antrag vorliegt, wird die Regierung entscheiden können – und man darf sicher Vertrauen haben, dass die zukünftige Regierung dem Anliegen wohlgesinnt ist. Genau aus diesem Grund ist denn auch das Postulat abzuschreiben. Wenn es nämlich Usanz würde, über ein Postulat Lotteriefondgelder einzuholen, wäre das sehr problematisch. Es geht hier also um ein Präjudiz. Deshalb bittet die ALG, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

**Patrick Iten** spricht für die CVP-Fraktion. Wenn sich beim Schiessen der Nebel senkt, heisst es: Gewehre runter. Es gibt eine Pause, oder das Schiessen kann nicht durchgeführt werden. Auf den Nebel kommt der Votant noch zurück. Er nimmt vorweg: Die CVP unterstützt den Antrag des Regierungsrats.

Gedenkschiessen haben in der Schweiz eine lange Tradition. Eines der bekanntesten ist das Morgartenschiessen. Die Schützen kommen aus der ganzen Schweiz und einzelne Gruppen als Gastsektionen sogar aus den Nachbarländern. In Schützenvereinen haben solche Wettkämpfe einen hohen Stellenwert; wer schon an einem solchen Anlass teilgenommen hat, kann verstehen, was der Votant meint. Solche Anlässe verbinden die Schweiz, die Kantone, die Vereine und die Leute. Man begibt gemeinsam einen kulturellen Anlass, pflegt das Vereinsleben und begegnet sich. Das kann man nicht mit einem Schiessen in einem festen 300-Meter-Stand vergleichen, wie es im Bericht als Variante vorgeschlagen wird.

Die Gedenkschiessen im Kanton Zug werden von den Vereinen und vom Morgartenschützenverband seit über hundert Jahren gepflegt. Der Umgang mit den Emissionen hat sich in den vielen Jahren sehr verändert. Es ist gut, dass die Zielhänge von den Schadstoffen befreit werden. Niemand möchte, dass solche Gifte in die Umwelt oder gar in das Wasser gelangen. Und der Votant behauptet, dass dieses Verständnis bei jedem angekommen ist. Es ist wichtig, dass die Vereine vom Bund unterstützt werden. Einem Schützenverein oder -verband ist es nicht möglich, mit

einem solchen Anlass zu so viel Geld zu kommen, dass man diese Sanierungen selbst finanzieren könnte. Solche Anlässe werden nahezu kostendeckend betrieben. In den vielen Jahren haben sich auch andere Bedingungen geändert, zum Beispiel die Sicherheit. Solche Änderungen haben den Beitrag für die Teilnahme bereits in eine schmerzliche Höhe getrieben.

Das Wichtigste an diesem Postulat ist die Frage: Wie geht es danach weiter? Die Bedingungen haben sich geändert, und man möchte zum Boden Sorge tragen. Die Vereine bemühen sich, soweit es ihnen möglich ist. Aber künstliche Kugelfänge sind kostspielige Einrichtungen, welche ein Gedenkschiessen nicht mehr finanziert machen. Es bleibt zu hoffen, dass beim Bund das Verständnis für die Gedenkschiessen da ist, denn mit dem Vorentwurf der UREK-N für das Bundesgesetz über den Umweltschutz würden genau solche Beiträge an die künstlichen Kugelfänge der Gedenkschiessen ausgerichtet. Wenn es dann um eine kantonale Unterstützung geht und ein Projektbeitrag aus dem Lotteriefonds beantragt wird, ist doch sehr zu hoffen, dass der Regierungsrat gegenüber den Gedenkschiessen im Kanton Zug weiterhin positiv eingestellt ist.

Und nun zurück zum Nebel: Es ist immer schade, wenn ein Schiessen wegen Nebel abgesagt werden muss. Es steckt immer sehr viel Arbeit und Herzblut dahinter. Es sind Höhepunkte im Jahr, die sich viele Sportschützen fest im Kalender eingetragen haben. Die CVP-Fraktion möchte, dass der Kanton zu diesen Schiessen Sorge trägt, damit der Nebel wieder steigt und weiter geschossen werden kann.

**René Kryenbühl** hält fest, dass die SVP das Postulat in der Fraktionssitzung beraten hat und der Regierung für den Bericht und Antrag dankt. Der Regierungsrat wurde beauftragt, mit den Veranstaltern der Zuger Gedenkschiessen eine Lösung auszuarbeiten, welche mit Hilfe des Lotteriefonds die finanzielle Tragbarkeit und somit die Weiterführung der Zuger Gedenkschiessen gewährleisten soll. Es geht um das Alp-Egg-Schiessen in Unterägeri, das Alplischiesse auf dem Zuger Alpli sowie das bekannte und sehr beliebte Morgartenschiessen in Oberägeri.

Beim Alp-Egg-Schiessen in Unterägeri wurde die Altlastensanierung des Kugelfangs bereits 2017 ausgeführt, die Wiederaufnahme des Schiessens unter Verwendung von mobilen künstlichen Kugelfängen (KKF) ist bereits in Planung. Sollte sich aber herausstellen, dass es dazu bauliche Massnahmen braucht, ist die Regierung der Meinung, dass die Veranstalter das Schiessen in einem bestehenden 300-Meter-Schiessstand abhalten sollen. Auf dem Zuger Alpli sind die Bodenbelastungen relativ kleinräumig und nicht sehr stark. Es besteht nach aktueller Einschätzung kein dringender Sanierungsbedarf. Die Schützenverbände wollen das Schiessen noch bis 2020 aufrechterhalten. Danach ist es das Ziel, das Alp-Egg- und das Alplischiesse eventuell gemeinsam durchzuführen.

Das Morgartenschiessen wird seit 1913 durchgeführt und ist wohl allen Kantonsratsmitgliedern ein Begriff. Bei einer Sanierung ist – Stand heute – mit Kosten von rund 580'000 Franken zu rechnen. Der Bund wird diese Kosten volumnfänglich übernehmen. An die KKF zahlt der Bund jedoch nach wie vor keine Beiträge. Die Kosten dafür trägt der Morgartenschützenverband soweit wie möglich selbst. Für fix installierte KKF belaufen sie sich gemäss einer ersten Grobschätzung auf rund 320'000 Franken. Für einen kantonalen Beitrag aus dem Lotteriefonds wird der Morgartenschützenverband beim Regierungsrat ein Gesuch einreichen. Der Verband hat sich klar für eine Sanierung in den nächsten drei Jahren und die Installation von fixen KKF ausgesprochen.

Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung, das Postulat erheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrat **Beat Villiger** spricht als stellvertretender Baudirektor, weil Baudirektor Urs Hürlimann als Präsident der Morgartenkommission im Ausstand ist. Er hat dieses Geschäft federführend bearbeitet und ist zwei Mal mit den betreffenden Organisationen zusammengesessen. Man hat eine gute Lösung gefunden, und der stellvertretende Baudirektor dankt für die Zusammenarbeit.

Es gibt beim Bund gewisse Unsicherheiten wegen noch hängiger Vorstösse: Wie lange kann noch geschossen werden, bis wann muss saniert werden etc.? Und gibt es allenfalls doch Beiträge an die künstlichen Kugelfänge? Trotz dieser Unsicherheiten hat man sich aber auf ein Vorgehen festgelegt. Beim Morgartenschiessen möchte man *direttissima* fahren, also sofort sanieren und dann künstliche Kugelfänge errichten; das ist mit dem Morgartenschützenverband so abgesprochen. Letztlich geht es darum, dass dieser Verband die Massnahmen nicht selber finanzieren kann. Der Regierungsrat wollte in seinem Bericht aber noch keinen Beitrag aus dem Lotteriefonds zusichern, vielmehr muss ein entsprechendes Gesuch mit einem klaren Konzept und einem klaren Budget eingereicht werden, das auch die finanziellen Möglichkeiten und den eigenen Beitrag des Morgartenschützenverbands aufzeigt. Das alles ist aber auf gutem Weg, und der Kanton Zug und der Regierungsrat sind daran interessiert, dass es das Morgartenschiessen weiterhin gibt. Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass es auf Schwyz' Boden auch noch ein Pistolenschiessen gibt. Schwyz ist ebenfalls daran, die Anlage zu sanieren, ist aber noch nicht so weit wie Zug. Für das Alp-Egg- und das Alpl-schiessen will der Regierungsrat nicht der Totengräber sein, er vertritt aber die Meinung, dass man diese zwei Anlässe – wenn es weiterhin Gedenk-schiessen in freier Natur sein sollen – zusammenlegen soll; hier werden die zwei beteiligten Organisationen sicher eine Lösung finden.

Bezüglich der Frage des Abschreibens hält der stellvertretende Baudirektor fest, dass es in der Natur von Vorstössen liegt, dass immer noch etwas umgesetzt werden muss. Es ist deshalb nicht gut, wenn in der Frage des Abschreibens immer ein bisschen Misstrauen mitschwingt, man also noch abwarten will, wie sich eine Sache entwickelt, und man einen Vorstoss vorsichtshalber lieber nicht abschreibt. Im Namen des Regierungsrats macht der stellvertretende Baudirektor deshalb beliebt, den Vorstoss abzuschreiben. Es wurde klar aufgezeigt, wie es weitergeht, dass ein Gesuch für einen Beitrag aus dem Lotteriefonds eingereicht werden kann etc. Man ist hier – wie gesagt – auf einem guten Weg, und das Geschäft kann abgeschrieben werden, dies auch im Interesse eines effizienten Ratsbetriebs und einer effizienten Verwaltung.

- **Abstimmung 1:** Der Rat erklärt das Postulat mit 36 zu 13 Stimmen erheblich und schreibt es als erledigt ab.

## TRAKTANDUM 11

### 1235 Interpellation von Andreas Hürlimann und Philip C. Brunner betreffend Korridorrahmenplan Zentralschweiz – wie weiter im Kanton Zug?

Vorlagen: 2896.1 - 15867 (Interpellationstext); 2896.2 - 15929 (Antwort des Regierungsrats).

Mitinterpellant **Andreas Hürlimann** ist wie auch die ALG-Fraktion mit den Ausführungen des Regierungsrats nur teilweise zufrieden. Der Regierungsrat stellt primär die allgemein bekannten Massnahmen und Beschleunigungsmöglichkeiten vor und

benennt mögliche raschere Umsetzungen von vorgezogenen Bauabschnitten im Netz des Kantons Zug. Vor allem aber gilt es auf die gute Arbeit des BAV und der zuständigen Planer bei der SBB hinzuweisen. Der Kanton Zug wirkt auf den Votanten mit seinen Bemühungen und Gesprächen eher zurückhaltend bis passiv. Wenn man sieht, welche Projektorganisation bei den SBB bereits ohne Bundesbeschluss bezüglich des neuen Bahnhofs Luzern auf die Beine gestellt wird, wäre eine ähnliche Vorleistung sicher auch für die Achse Luzern-Zug-Zürich möglich, allenfalls auch mit Manpower aus Zug.

Dass beim Zimmerberg-Basistunnel II auf die Bearbeitung einer nächsten Planungsstufe, die sogenannte Objektstudie, verzichtet und nach der laufenden Konzeptstudie direkt ein Vorprojekt erstellt werden soll, ist zu begrüßen und kann wertvolle Zeit bringen. Auch weitere vom BAV geprüft Massnahmen, etwa ob der Zeitbedarf für Submissionen reduziert werden kann, sind zu unterstützen. Der Druck auf dieser Bahnachse wird in den nächsten zehn Jahren weiter stark zunehmen, und es gilt deshalb noch proaktiver zu handeln.

Die vom Regierungsrat in seiner Antwort beschriebene Netzstabilität und Pünktlichkeit mag – über den ganzen Tag verteilt – zutreffend sein. Ob sie auch für die Hauptreisezeit zutrifft, muss der Votant aus eigener Erfahrung eher bezweifeln. Es fragt sich ja immer, wie viele Reisende von einer Unpünktlichkeit betroffen sind, und nicht, ob ein weniger besetzter Zug zur Nebenverkehrszeit pünktlich ist. Hier macht der Votant nach wie vor Handlungsbedarf aus, allenfalls auch mit zusätzlichen Massnahmen im Bereich der Infrastruktur, insbesondere zur Verbesserung der Zugfolgezeiten auf diversen Abschnitten.

Die Ausbauschritte im Bahnnetz des Kantons Zug sind möglichst rasch an die Hand zu nehmen, vor allem betreffend Ausbauten bei Umsteigemöglichkeiten, in den Bahnhöfen – Perronlängen optimieren, Bahnzugänge für grössere Kundenströme verbessern – oder wie eben erwähnt – betreffend Optimierung der Zugfolgezeiten. Allenfalls können auch zusätzliche RE-Züge bereits zu einem früheren Zeitpunkt bestellt werden. Es darf nicht sein, dass man sich den vom Bund geplanten Ausbauschritten ausgeliefert sieht und bis 2035 keine weiteren Schritte an die Hand nehmen kann. Konkret heisst das, möglichst rasch die Umbauten in den Bahnhöfen an die Hand zu nehmen und längere und – wo möglich und nötig – zusätzliche Züge fahren zu lassen.

Enttäuschend ist zudem, dass neben dem Bahnbereich das Feinverteilernetz, also der Bus, sehr stiefmütterlich behandelt wird. Auch hier gilt es, die nächsten Schritte für eine Attraktivitätssteigerung und mögliche Massnahmen für Fahrzeitgewinne und Fahrplanstabilität umzusetzen. Auch gilt es das Hub-Konzept zu überprüfen und anzupassen, so dass neue und vor allem auch in zeitlicher Hinsicht interessante Umsteigebeziehungen zwischen Bus und Bahn entstehen könnten. Auch eine solche Massnahme könnte dazu führen, dass heute noch wenig ausgelastete Zugsverbindungen attraktiver werden, weil die Umsteigezeiten am Bahnhof verkürzt werden.

Es ist schade, dass der neue Baudirektor diese Debatte und die Einwände der Interpellanten aufgrund seiner heutigen Abwesenheit nicht mitbekommt. Die Interpellanten hoffen, dass ihre Worte und Hinweise dennoch den Weg in seine Arbeitsagenda finden werden. Und man darf gespannt sein, wie sich der Kanton hier weiter aufstellt und positioniert. Der Regierungsrat bzw. das zukünftige Amt für Raum und Verkehr soll die weiteren Arbeiten von BAV und SBB mitgestalten und sich proaktiv einbringen. Ein Warten auf die nächsten Schritte anderer ist in dieser wichtigen Frage sicherlich nicht angezeigt.

**Cornelia Stocker** spricht für die FDP-Fraktion. Diese ist erfreut, dass sich in Sachen Zimmerberg-Basistunnel II etwas tut. Steter Tropfen höhlt den Stein – oder besser gesagt: Der Einsatz der Zuger Regierung, insbesondere des Volkswirtschaftsdirektors, in dieser Sache zeigt langsam aber sicher Wirkung. Dass die SVP in der Person ihres Finanzdirektors den besten Regierungsrat hat, weiss man längst, aber die FDP hat einen mindestens so guten Regierungsrat. Das sei hier auch einmal gesagt.

Man führe sich mal die gegenwärtige tägliche Verkehrssituation auf Strasse und Schiene vor Augen: Diese akzentuiert sich in den Wintermonaten, weil nur noch Hardcore-Velofahrer ihr Gefährt benutzen. Nur schon ein Blechschaden in der morgendlichen oder abendlichen Verkehrsspitzenzeit löst auf der Autobahn und den umliegenden Kantonsstrassen einen mühsamen und nervenaufreibenden Stau aus. Gleches gilt für den ÖV. Stromausfälle wie gestern im Hauptbahnhof Zürich oder Stellwerkstörungen und damit verbundene Zugsverspätungen oder gar -ausfälle häufen sich. Das gesamte Mobilitätssystem ist extrem störungsanfällig und vor allem sehr verletzlich. Man braucht keine hellseherischen Fähigkeiten, um voraussagen zu können, dass der Mobilitätsbedarf in Zukunft nicht geringer, sondern noch weiter zunehmen wird. An Verkehrszusammenbrüche auf Strasse oder Schiene wird sich aber niemand richtig gewöhnen mögen. Daher ist die FDP dem Regierungsrat in seiner neuen Zusammensetzung schon heute dankbar, wenn er sich für eine schnellere Realisierung ins Zeug legt, damit das Bauwerk nicht erst 2035 vollendet ist. Ein proaktives Handeln, wie es die Interpellanten fordern, erachtet auch die FDP als Gebot der Stunde.

Die FDP-Fraktion hofft, dass der Drive von Matthias Michel in dieser Sache auf seine Nachfolgerin abfärbt. Die FDP dankt dem abtretenden Volkswirtschaftsdirektor jedenfalls für sein unermüdliches Engagement in dieser Angelegenheit und freut sich mit ihm, dass die positive Botschaft aus Bern gerade noch rechtzeitig in Zug angekommen ist.

Mitinterpellant **Philip C. Brunner** spricht für die SVP-Fraktion. Vor sechzehn oder siebzehn Jahren wurde unter dem Zimmerberg bei Nidgelbad die Tunnelbohrmaschine abgestellt und rückwärts aus dem Tunnel geholt, statt in Richtung Zug weiterzubohren und dann in der Litti bei Deinikon an das Tageslicht zu kommen. Schon damals waren die Zustände auf der Achse Flughafen-Zürich-Zentralschweiz während der Hauptverkehrszeiten eigentlich unhaltbar. Da es mit dem zweiten Teil des Zimmerbergtunnels nicht vorwärts ging, rückte für einige Weitsichtige – unter ihnen der verstorbene SVP-Kantonsrat Werner Villiger – ein Ausbau der Stammstrecke in den Vordergrund, also «Zimmerberg light». Das wäre etappierbar, billiger und schneller realisierbar gewesen. Wenn man die zweite Tunnelröhre durch den Albis vor zehn Jahren in Angriff genommen hätte, hätte man heute eine andere, wohl bessere Situation. Aber dafür hätte es unter anderem auch den Willen des zuständigen Regierungsrats und seines Amtschefs gebraucht, und der fehlte leider. Immerhin und wohl nicht zuletzt wegen des hartnäckigen Drucks der «Zimmerberg light»-Befürworterschaft – das ist die Interessenbindung des Votanten: Er war zusammen mit Andreas Hürlimann Vorstandsmitglied – gab das BAV vor zweieinhalb Jahren bei den SBB ein ergebnisoffenes und tiefgehendes Variantenstudium in Auftrag, was das Komitee «Zimmerberg light» bereits seit 2011 immer wieder gefordert hatte. Und man muss und darf nach der Veranstaltung dieses Komitees vom 21. November, zu welcher auch die Kantonsratsmitglieder eingeladen wurden und dessen Gastgeber der Votant sein durfte, sagen: Die SBB haben wirklich Ergebnisse

geliefert! Der vorliegende Korridorrahmenplan Zentralschweiz überzeugt im Wesentlichen.

Der Zimmerberg-Basistunnel II wird also kommen, aber es wird mindestens bis 2035 dauern. Und was macht man bis dahin? Das wird eine grosse Herausforderung sein. Und da vermisst der Votant entsprechende Antworten auf die Interpellation, den «Zug» und die Leidenschaft, die es brauchen wird. Und man stelle sich vor: Der Leiter des Amts für öffentlichen Verkehr war an der erwähnten Veranstaltung auch dabei. Das Komitee hatte natürlich auch die Regierung eingeladen, diese hat Hans-Kaspar Weber offiziell delegiert. Was bis zur Inbetriebnahme getan werden könnte, war eines der heftig diskutierten Themen an diesem Anlass, und der Votant hatte den Eindruck, dass die Herren der SBB die Botschaft aus Zug mitgenommen haben. Am 30. Januar 2019 führen die Zuger Wirtschaftskammer, der Gewerbeverband Zug und die Organisation ZUGWEST in Steinhausen eine weitere Veranstaltung durch; Hauptredner wird der Vertreter der SBB sein, der die Thematik bereits an der ersten Veranstaltung vorgestellt hat.

Zusammengefasst: Ohne maximalen Druck, ohne Phantasie, ohne Ausloten aller erdenklichen Möglichkeiten, ohne Rütteln auch an Tabus wird man auf der fraglichen Strecke noch fünfzehn Jahre lang zunehmend unhaltbare Zustände haben. Das ist die schlechte Nachricht. Die gute Nachricht: 2035 wird das Werk vollbracht sein. Eine schlechte Nachricht ist auch, dass das Amt für öffentlichen Verkehr per 1. Januar 2019 zu einer Abteilung degradiert wird. Der Votant appelliert an den zukünftigen Baudirektor – leider ist er heute abwesend, aber hoffentlich liest er das Protokoll –, in dessen Direktion diese Abteilung verschoben wird, dieses Projekt zur Chefsache zu machen. Die Baudirektion ist eine grosse Direktion mit verschiedenen grossen Herausforderungen: Hochbau, Tiefbau, Umwelt, Energie, Raumplanung – und jetzt zusätzlich noch die Abteilung für öffentlichen Verkehr. Der Votant hofft sehr, dass da die Prioritäten richtig gesetzt werden. Die Pendlerinnen und Pendler und der Wirtschaftsraum Zug brauchen dieses Projekt dringend. Der Votant dankt in diesem Sinn der Regierung für ihre Arbeit.

Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** versucht, einige der zugespielten Bälle anzunehmen und ins Tor zu bringen. Er dankt für die grundsätzlich positive Aufnahme der regierungsrätlichen Antwort. Diese sei etwas zurückhaltend ausgefallen, wurde moniert. Der Volkswirtschaftsdirektor hat sich in der Tat in den letzten Jahren mehrmals überlegt, auch so viel Wirbel zu machen wie Luzern mit seinem Durchgangsbahnhof. Auch Zürich hat sich das für seine «Projekte» überlegt: Brüttener Tunnel, Stadelhofen. Wenn man aber sieht, dass die Planung grundsätzlich in die richtige Richtung läuft, muss man kommunikativ eher etwas aufpassen. Zu viel Wirbel kann nämlich auch Gegendruck erzeugen. Alt-Kantonsrat Martin Stuber hat die Grossregion Zürich denn auch zu Recht davor gewarnt, zu viel zu wollen: Brüttener Tunnel, Stadelhofen, Kestenberg, Zimmerberg. Das schreckt den Rest der Schweiz nur auf, und es sei besser, etwas bescheidener zu sein. Es gibt in der Tat Momente, in denen es klüger ist, nicht medial die Trommel zu röhren. Das heißt aber nicht, dass man nicht im Hintergrund an seinen Zielen weiterarbeiten und vor allem Allianzen schmieden soll. Aber es gehört für die Bahnbefürworter natürlich zum guten Ton, gegen aussen aktiv zu sein und der Regierung vorzuwerfen, sie tue zu wenig; das hat Karin Blätter, Präsidentin der Pro Bahn, auch bezüglich des Durchgangsbahnhofs Luzern getan. Der Volkswirtschaftsdirektor und sein Team waren da lieber intern aktiv – und dies mit Erfolg.

Es wird suggeriert, man sei nun dank BAV und SBB weitergekommen. Vor nicht allzu langer Zeit haben dieselben Redner hier auf den SBB herumgehackt und ihr vorge-

worfen, sie hätten einen Tunnelblick und sähen nur ihr eigenes Projekt; sie lägen aber falsch, man dürfe ihnen nicht vertrauen etc. Der Volkswirtschaftsdirektor staunt über den Paradigmenwechsel: Plötzlich ist nun alles Gold, was die SBB vorlegen. Sowohl «Zimmerberg light»-Befürworter als auch die Regierung waren sich eigentlich immer einig: Man wollte vertiefte Varianten. Das kostete Energie und glücklicherweise auch Zeit, denn sonst hätte das den Bund immer wieder eingeholt. Es war sehr wichtig in Hinblick auf den nächsten Ausbauschritt, dass die vertiefte Studie vorliegt. Der Volkswirtschaftsdirektor hat sich bei den SBB denn auch eingesetzt, dass die schon länger bekannten Ergebnisse im letzten Frühjahr endlich publiziert wurden. Und es muss auch gesagt sein: Jahrelang wurde der Regierung vorgeworfen, sie konzentriere sich auf den Zimmerberg-Basistunnel II, obwohl es Varianten dazu geben würde. Diese kantonsinterne Dissonanz in Zug hat natürlich nicht gerade geholfen, die Sache beschleunigen. Man darf in diesem Zusammenhang die Geschichte also nicht ganz aus den Augen verlieren.

Wie bereits erwähnt: Die grosse Arbeit der Volkswirtschaftsdirektion galt in den letzten Jahren dem Schmieden von Allianzen. Zu glauben, es gehe vorwärts, wenn der Kanton Zug dem BAV und den SBB in Bern nur genügend lange auf den Füssen herumtrete, ist ein Irrtum. Zug liegt zwischen Zürich und Luzern und hat einerseits Allianzen im Raum Zürich zu finden, was dank der Metropolitankonferenz gelungen ist; andererseits muss es auch Allianzen in der Zentralschweiz, im Gotthardkomitee und an der Gotthardachse finden. Dass man nicht alles auf einmal haben kann, ist allen bekannt. Auch die Pro-Bahn-Präsidentin Karin Blättler und der Luzerner Ständerat Konrad Graber wissen, dass man nicht gleichzeitig den Zimmerberg-Basistunnel und einen voll ausgebauten Durchgangsbahnhof Luzern bekommt. Es ging deshalb darum, das Vorgehen der Zentralschweiz zu justieren, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, man wolle alle Milliarden des Bundes für sich selbst abholen. Da war sehr viel Diplomatie, Taktik und Zusammenarbeit nötig – und davon kann man nichts in den Zeitungen lesen. Im Übrigen hat die Volkswirtschaftsdirektion bereits x Vorschläge gemacht – und sie lässt hier nicht locker –, wie man die Situation in der Zwischenzeit verbessern kann. Aber auch hier gilt: Allein kriegt der Kanton Zug das nicht auf die Schiene, da muss die ganze Region Zentralschweiz mithelfen.

Der Volkswirtschaftsdirektor dankt nochmals für die gute Aufnahme der Interpellationsantwort. Man ist auch dank Engagement vonseiten des Kantonsrats auf der Zielgeraden. Der Volkswirtschaftsdirektor hat selber ein grosses Interesse daran, dass der Bereich ÖV, auch wenn er jetzt nicht mehr als Amt konstituiert ist, in der Baudirektion das nötige Gewicht behält. Der Wechsel ist eine Chance, den ÖV in einer Gesamtverkehrsoptik zu sehen. Der Volkswirtschaftsdirektor wird dem designierten Baudirektor gerne mit auf den Weg geben, dass er die Thematik weiterhin als Chefsache behandelt.

- ➔ Der Rat nimmt die Antwort des Regierungsrats zur Kenntnis.

## TRAKTANDUM 12

**Verabschiedungen:**

Für das Traktandum 12.1 übergibt Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch den Ratsvorsitz der Kantonsratsvizepräsidentin Monika Barmet.

**1236 Traktandum 12.1: Verabschiedung von Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch**

Die **Vorsitzende** hält fest, dass es der Kantonsratspräsident in dieser letzten Sitzung der Legislatur tatsächlich geschafft hat, alle Traktanden zu erledigen – eine Punktlandung. Das war nur dank sorgfältiger Planung und Durchführung möglich.

**Hanni Schriber-Neiger** verabschiedet den Kantonsratspräsidenten mit folgenden Worten: «Mir fällt die Ehre zu, Kantonsratspräsident Daniel Thomas Burch zu verabschieden. Die letzten zwei Jahre zählten für einen Kantonsratspräsidenten sicher nicht zu den einfachsten. Sie waren gezeichnet von Höhen und Tiefen, wie auf einer Wanderung. Wandern ist eines Deiner Hobbies, das Du gerne ausübst, wenn es Dir die Zeit neben Beruf und Präsidialamt zuließ.

Die Rischer Bevölkerung ennet dem Zugersee freute sich vor zwei Jahren sehr über Deine Wahl zum Kantonsratspräsidenten und feierte mit Gesang und trockinem Lebkuchen auf dem Dorfplatz in Rotkreuz. Viel Freude darum, weil seit mehr als achtzig Jahren kein Rischer Mitglied des Kantonsrats je die Ehre hatte, den Kantonsrat zu präsidieren. So war es für Dich selbstverständlich, dass Du an den vielen Anlässen, die Du amtshalber besuchen durftest, dem Vernehmen nach in verdankenswerter Weise wacker Werbung für das alte Eisenbahnerdorf machtest und Risch-Rotkreuz auch als neuen Wohn- und Wirtschaftsort verkauftest.

Vor genau zwei Jahren, also mit dem Start Deines Präsidiums, stand bereits der erste Höhepunkt für den Kantonsrat an: Nach langem Hin und Her durftest Du endlich die elektronische Abstimmungsanlage final einweihen und in Betrieb nehmen. In den folgenden Sitzungen leistete die Elektronik der Abstimmungsanlage meistens ihre Dienste. Du rechnetest uns auch mal vor, wie viele Minuten wir mit der Abstimmungsanlage in einem Jahr gewonnen hätten, und dass wir so in der gleichen Zeit einige Geschäfte mehr abarbeiten könnten; das sei doch sehr effizient. Und wir durften für den Kantonsrat noch mehr Geschäfte vorbereiten.

Die beiden Kantonsratsausflüge führten traditionellerweise in die Wohngemeinde des Präsidenten. Du scheinst Dich bestens mit Petrus zu verstehen. Es wird wohl die Gemeinsamkeit mit den weissen Haaren sein, denn an beiden Ausflügen strahlte die Sonne mit uns um die Wette. Die zwei Nachmittage bleiben uns unvergessen, sei es das Golftraining oder der Spaziergang auf der Buonaser Halbinsel. Wir alle konnten uns nicht sattsehen an der grandiosen Aussicht auf den Zugersee und den Zugerberg.

In Deine Präsidialzeit fiel auch die Phase des ernsthaften, endlosen Sparens. Du bist sicher der erste Präsident, der vor der grossen Türe des Regierungsgebäudes nicht nur einen offenen Brief an den Zuger Kantonsrat entgegennehmen durfte, sondern von den Jungpolitikerinnen und -politikern auch noch mit einem echten Vorschlaghammer zur Unterstreichung ihres Anliegens ausgestattet wurde. Dieser Hammer wurde dem Baudirektor dann zur zweckdienlichen Verwendung weitergegeben und wird nun wohl auf einer kantonalen Baustelle seinen Dienst tun. Du brauchtest die Glocke wenig. In den letzten Monaten, gegen Ende der Legislatur, hättest Du mit uns etwas strenger sein dürfen, denn der Lärmpegel im Saal

war manchmal so hoch, dass die Votierenden zum Teil scharfe Blicke austeilten und die Kollegen – gemeint sind wirklich die Kollegen – ermahnten, etwas mehr und besser zuzuhören. Natürlich brauchtest auch Du die Glocke manchmal, etwa wenn Du als Ratspräsident zur mehr Redeffizienz aufriefst, damit Du noch ein weiteres Geschäft abhandeln konntest. Damit trafst Du vor allem *einem* Ratskollegen ins Rednerherz, der sich energisch wehrte: Das Parlament sei zum Parlieren und Diskutieren hier – und nicht nur, um möglichst viele Geschäfte effizient durchzubringen. Aber was wir alle feststellen können: Es ging effizient zu und her.

In Deine Amtszeit fiel auch ein trauriger Abschied: Kantonsratskollege Pirmin Frei wurde mitten aus seinem Leben gerissen und verstarb überraschend. Wir vermissen seine Voten, die er mit grossem Engagement vortrug. Du durftest aber auch Erfreuliches verkünden, nämlich mehreren Ratskolleginnen und -kollegen herzlich zum Nachwuchs gratulieren. Es wird also wunderbar für den Politnachwuchs gesorgt.

Lieber Daniel, Du steigst nach dieser Sitzung nicht nur vom «Bock» hinunter, sondern verlässt nach sechzehn Jahren auch den Zuger Kantonsrat. Wir gönnen es Dir, dass Du nun wieder mehr Zeit für Deine Familie, Deine Freunde und Deine Hobbies haben wirst. Aber wirst Du Dich wirklich zurücklehnen nach den vielen Jahren in der Politik? Ich glaube eher nicht. Du wirst Dich auch in der Freiwilligenarbeit nützlich machen, hast Du verlauten lassen. Doch ich habe gehört, dass Du nach Beendigung des Kantonsratspräsidiums zu Hause endlich den Keller aufräumen müsstest. Das ist für mich die logische Erklärung, warum Du möglichst schnell in die Freiwilligenarbeit einsteigen möchtest.

Im Namen der Zuger Bevölkerung, des Regierungsrats und des ganzen Kantonsrats danke ich Dir recht herzlich für die stets ruhige und gute Führung des Kantonsrats und wünsche Dir alles Gute für die politikfreie Zukunft. Als Dankeschön haben wir für Dich und Deine Ehefrau Bea einen Gutschein für ein verlängertes Wochenende im Berner Oberland organisiert. Natürlich passen Sonntagsschuhe schlecht für das wieder vermehrte Wandern; darum legen wir Dir auch noch einen Gutschein für neue Turbowanderschuhe dazu. Viel Freude damit – und alles Gute!» (*Der abtretende Kantonsratspräsident erhält einen Blumenstrauß und das erwähnte Geschenk überreicht, der Rat applaudiert.*)

Der scheidende Kantonsratspräsident **Daniel Thomas Burch** wendet sich wie folgt an die Anwesenden: «Als Erstes begrüsse ich ganz herzlich meine Frau Beatrice und meinen Sohn Simon. Dir, Hanni Schriber-Neiger, danke ich herzlich für die anerkennenden Worte, den Blumenstrauß und das Geschenk. Ich werde das Wandern geniessen und dabei auch an die Zeit im Kantonsrat zurückdenken.

Die zwei Jahre als Präsident waren sehr intensiv und sehr spannend. Ich durfte an verschiedenen Jubiläen, Versammlungen und Ausstellungen teilnehmen. Besondere Anlässe und Highlights waren etwa die Jubiläen 50 Jahre Musikverein Risch-Rotkreuz, 125 Jahre Zuger Kantonalbank, 50 Jahre EVZ oder die Taufe des Siegermunis für das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest. Ich habe da viele engagierte Leute kennen- und schätzen gelernt; Menschen, die viel Zeit und Herzblut in unterschiedlichen Organisationen und Vereinen einsetzen, sei es in wirtschaftlichen oder politischen Ämtern, in der Freiwilligen- oder Gemeinnützigenarbeit, in Sport- oder Musikverein. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Wohl und zur Freude der Bevölkerung und zur Attraktivität unseres schönen Kantons Zug. Ich bin vielen Menschen aus der Verwaltung begegnet, die sich täglich freundlich und kundenorientiert der Anliegen der Zuger Bevölkerung annehmen und damit wesentlich zur Standortattraktivität des Kantons beitragen. Nur ein Beispiel: Wussten Sie, dass es einen Verband der zugerischen Betreibungs- und Konkursbeamten gibt?

Und wussten Sie, dass dieser dieses Jahr hundertjährig wurde? An die originelle Jubiläums-GV dieses Verbands werde ich mich noch lange mit Freude erinnern. Da wurde mir bewusst, wie wichtig die oft schwierige Aufgabe dieser Beamten in einem Rechtsstaat ist: Sie sind immer in einem Spannungsfeld und machen den einen froh, den anderen vielleicht traurig. Es gab noch weitere Highlights. Eines war das Tischgespräch beim Nachtessen mit dem Vorsitzenden der EFTA/EU-Kommission Jørn Dohrmann und mit Karin Keller-Sutter anlässlich des Treffens der gemischten Wirtschaftskommission des National- und Ständerats mit der EFTA/EU-Kommission; zu dieser Zeit war Karin Keller-Sutter Ständeratspräsidentin und noch nicht Bundesrätin.

Sehr gefreut hat mich auch die Möglichkeit, Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen der Ausflüge des Kantonsrats in den Golfpark Holzhäusern und auf die Halbinsel Buonas einzuladen zu können. Ich hoffe, dass Sie damit zwei – es gibt noch mehrere – spezielle Attraktivitäten des Ennetsees erleben und geniessen konnten und diese Anlässe in guter Erinnerung behalten werden.

Ich danke der Frau Landammann und der ganzen Regierung für die gute Zusammenarbeit, insbesondere bei den gemeinsamen Auftritten. Besonders danke ich Landschreiber Tobias Moser und seiner Stellvertreterin Renée Spillmann Siegwart. Wie im Theater schätzt man auch bei den Kantonsratssitzungen einen Souffleur oder eine Souffleuse. Dem Landschreiber wünsche ich auch an dieser Stelle gute Besserung und die nötige Geduld. Weiter danke ich dem Team der Staatskanzlei, primär Monika Benhaida und Silvia Landtwing. Sie haben mir die Arbeit sehr erleichtert und meine Anliegen und Wünsche umgehend erfüllt. Mein Dank gilt auch der Standesweibelin Pascal Schriber und ihrer Stellvertreterin Evelyne Daseler. Sie haben unter anderem unsere gemeinsamen Mittagessen organisiert und somit für unser leibliches Wohl gesorgt. Für die anspruchsvolle und aufwendige Arbeit als Protokollführer danke ich Beat Dittli und Claudia Locatelli. Ich kann mich nicht erinnern, dass jemals eine entscheidende Korrektur beantragt wurde. Den Mitgliedern des Büros des Kantonsrats danke ich für die konstruktive Zusammenarbeit, speziell auch den Stimmenzählenden Rita Hofer und Ralph Ryser. Sie sind die ersten Stimmenzählenden dieses Rats, welche die Meinungen der Ratsmitglieder mit der elektronischen Abstimmungsanlage erfassen konnten. An dieser Stelle danke ich auch Christoph Brütsch. Er hat die Anlage zum Laufen gebracht und stand jederzeit mit Rat und Tat zur Stelle. Ich habe nachgezählt: 2017 gab es 210 Abstimmungen, 2018 waren es mit den vier Abstimmungen von heute total 262 Abstimmungen. Rechnet man mit drei Minuten Zeitersparnis pro Abstimmung, haben wir in diesen zwei Jahren gesamthaft rund 23,5 Stunden bzw. etwa 3,5 Sitzungstage eingespart. Ein weiteres, grosses Sparpotenzial sehe ich in kürzeren, prägnanteren Voten – dies als Empfehlung für die nächste Legislatur. Und es ist wie bei den SBB: Eine Verspätung am Morgen kann man bis am Abend nicht aufholen.

Ich danke meiner Nachfolgerin Monika Barmet für die gute Zusammenarbeit. Liebe Monika, ich wünsche ihr viele Freude und Glück im Amt und eine geschickte Hand in der Ratsführung. Den Medienvertreterinnen und -vertretern danke ich für die wohlwollende Berichterstattung. Sie tragen eine grosse Verantwortung für die parteineutrale Berichterstattung über die Ratsdebatten.

Nach sechzehn Jahren als Kantonsrat, davon die letzten zwei Jahre als Kantonsratspräsident, heisst es für mich Abschied zu nehmen. Während der Zeit als Kantonsrat wurde ich von meiner Frau und meiner Familie unterstützt. Sie hatten viel Verständnis für das anspruchsvolle politische Amt und die damit verbundenen Verpflichtungen. Meine Frau hat mich auch an manchen Anlass begleitet und sich für meine politischen Aktivitäten interessiert. Dafür danke ich Dir, Beatrice, herzlich.

Ich danke allen, die mithelfen, unseren Kanton lebenswert und erfolgreich zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dabei gilt es das Gemeinwohl im Auge zu behalten, nicht Partikularinteressen. Ihnen, geschätzte Ratsmitglieder, danke ich herzlich für die angenehme und wohlwollende Zusammenarbeit.» (*Der Rat applaudiert.*)

An dieser Stelle übernimmt der Kantonsratspräsident wieder den Vorsitz.

**1237 Traktandum 12.2: Verabschiedung der aus dem Rat austretenden Kantonsratsmitglieder**

Der **Vorsitzende** hält fest, dass nicht nur er selbst, sondern 29 weitere Ratsmitglieder aus dem Kantonsrat zurücktreten. Er nennt in alphabetischer Reihenfolge:

Daniel Abt	Gabriela Ingold
Adrian Andermatt	Alice Landtwing
Walter Birrer	Daniel Marti
Philippe Camenisch	Jürg Messmer
Hans Christen	Remo Peduzzi
Andreas Etter	Marcel Peter
Magda Feldmann	Urs Raschle
Fabian Freimann	Silvan Renggli
Susanne Giger	Moritz Schmid
Sepp Grob	Beat Sieber
Emanuel Henseler	Daniel Stuber
Iris Hess-Brauer	Willi Vollenweider
Markus Hürlimann	Monika Weber

Speziell erwähnt der Vorsitzende, dass Hans Christen und Moritz Schmid schon beim Attentat im Jahr 2001 im Rat waren, und dass Gabriela Ingold als Mitglied bzw. Präsidentin der Staatswirtschaftskommission während vieler Jahre das finanzielle Gewissen des Rats vertrat. Er dankt allen austretenden Mitgliedern für ihr teilweise langjähriges Wirken im Kantonsrat und wünscht ihnen alles Gute für die Zukunft.

Die Kantonsrätin Silvia Thalmann und die Kantonsräte Andreas Hostettler und Florian Weber sind in den Regierungsrat gewählt worden. Sie werden die nicht leichte Aufgabe haben, die Beschlüsse des Kantonsrats umzusetzen, was in der Vergangenheit eine grosse Herausforderung war und es auch in Zukunft bleiben wird. Der Vorsitzende wünscht den drei künftigen Regierungsräten die nötige Gelassenheit und Ausdauer sowie viel Glück und Freude in ihren neuen, verantwortungsvollen Ämtern. (*Der Rat applaudiert.*)

**1238 Traktandum 12.3: Verabschiedung von Frau Landammann Manuela Weichelt-Picard**

**Manuel Brandenberg** verabschiedet die scheidende Frau Landammann wie folgt: «Ich habe die Ehre, Frau Landammann Manuela Weichelt-Picard zu verabschieden. Es fällt mir nicht schwer, dies zu tun (*Lachen im Rat*), denn ich bin – wie die ganze SVP – ein Verfechter der staatlichen Institutionen, und Du, Manuela, bist ein

sehr wichtiger Ausdruck dieser Institutionen. Du warst acht Jahre lang Regierungsrätin, vom Volk gewählt, und ich glaube, dass Du Deine Arbeit so gemacht hast, wie es ein Regierungsratsmitglied tun muss.

Ich blicke ein wenig zurück, möchte aber vorausschicken, dass ich selber kein Ungläubiger bin. Es ist für einen Katholiken nicht die Ehrung einer Institution, die unglaublich wichtig ist. Für mich als Katholiken ist es die Ehrung der staatlichen Institutionen, die Du verkörpert hast, wobei ich aber nicht jemand bin, der glaubt, der Staat sei unglaublich wichtig. Ich glaube vielmehr ziemlich sicher, dass der Staat am Schluss, wenn wir alle tot sind, nicht so wichtig ist. Trotzdem, liebe Manuela: Du hast Deinen Job sehr gut und sehr erfolgreich gemacht. Ich erinnere an Deine Biografie. Diese hat mit Deiner Geburt am 21. Juli 1967 in Zillis-Reischen begonnen. Du warst eine sehr bekannte und sehr profilierte Frau, Du hast auch ausserhalb der Politik sehr vieles gemacht. Du hast – ich zitiere den Lebenslauf auf der Homepage des Kantons Zug – die Ausbildung zur dipl. Krankenschwester IKP und später zur Sozialarbeiterin HFS gemacht. 1994 hast Du dann an einem Forschungsprojekt am ETH Wohnforum Zürich teilgenommen. 1995–1998 hast Du die Leitung der kontrollierten Heroinverschreibung im Kanton Zug (ZOPA) innegehabt. 1997–2002 hast Du das Nachdiplomstudium Master of Public Health am Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universitäten Basel, Bern und Zürich absolviert. 1999 warst Du bei der Zürcher Stiftung für Gefangenen- und Entlassenenfürsorge angestellt. 2000–2005 warst Du in der Projektleitung am Gesundheitsamt des Kantons Graubünden involviert. 2005–2006 warst Du Mitglied des Kaders beim Schweizerischen Roten Kreuz im Kanton Zürich. So entnehme ich es – wie gesagt – der Homepage des Kantons Zug, und ich finde das einen ganz bemerkenswerten Lebenslauf.

Ich komme nun zu den politischen Tätigkeiten, die Du ausgeübt hast und die ich, liebe Manuela, sehr schätze. Du warst 1994–2002 Mitglied des Zuger Kantonsrats und 1996–2002, also sechs Jahre lang, Fraktionschefin der Alternativen Fraktion im Kantonsrat. 2005–2007 warst Du dann Vizepräsidentin des Gewerkschaftsbunds des Kantons Zug und 2006–2007 Präsidentin der Alternativen Kanton Zug. Ich glaube, dass dieser Lebenslauf Respekt herausfordert. Du hast sehr viele Ämter gehabt, Du hast aber vor allem – und das finde ich eigentlich das Wichtigste – eine Familie, einen Mann und zwei Kinder. Du bist eigentlich wirklich eine Frau des Staats und bist also dazu da, auch Ämter zu übernehmen, die Dir aufgrund Deiner Konstellation nicht in erster Linie naheliegen. Ich möchte dafür danken, dass Du Familie und Beruf kombiniert hast. Das ist nicht selbstverständlich, das können nicht alle, und Du hast das – glaube ich – ziemlich souverän gemacht.

Wir kommen nun zum Thema «Politischer Streit». So habe ich mir das notiert, weiß aber nicht mehr genau, was ich mir damals gedacht habe, es kommt mir jetzt aber bestimmt etwas in den Sinn. (*Lachen im Rat.*) Ich habe mir unter «Politischer Streit» notiert: «Frische Brise». Da warst Du ursprünglich mal, glaube ich, die Frische Brise war eine Partei, die es mal gab im Kanton Zug; damals gab es, glaube ich, sogar die SVP noch nicht. Dann gab es die Alternative, die Alternativen Grünen – und ich habe mir hier ein Fragezeichen notiert: Was ist dann das Nächste? Also Frische Brise, Alternative, Alternative Grüne – und was ist das Nächste? Nun, bei uns in der SVP-Fraktion würde man vermuten, es könnte irgendeinmal noch die Braunliberalen geben, aber ich glaube, das wäre nicht Dein Ding. Insofern würde ich wahrscheinlich denken, das geht eher in die Richtung Alternative Grün Grün, wie ich das einschätze.

Es verbleibt mir zum Schluss nur zu danken, denn Du hast Dich in einer Zeit, die nicht einfach ist und Herausforderungen hat, für das Gemeinwesen, für den Kanton Zug, zur Verfügung gestellt. Wir sind hier im Kanton Zug, wir sind also nicht beim

UNO-Rat, der irgendwelche völkerrechtlichen Verträge abschliesst, aber Du hast immer natürlich gerne daran erinnert, dass es die UNO und die völkerrechtlichen Verträge auch gibt. Aber eigentlich sind wir ja hier im Kanton Zug. Es war eine würdige Art, wie Du das gemacht hast. Du warst vor allem – und da kann ich jetzt nur für die SVP-Fraktion sprechen – eine äussere Erscheinung, die nicht – sag ich jetzt mal – geschadet hat. Wenn Du aufgestanden und hier nach vorne gekommen bist, war es nie so, dass die SVP-Fraktion Dir nicht zugehört hätte.

Nun, am Schluss, gebe ich Dir nach all dem Dank ein Geschenk. Nachdem Du ja wirklich das so gut gemacht hast für den Kanton Zug – natürlich nicht inhaltlich, wir sind immer anderer Meinung gewesen, das weisst Du auch, aber Du hast das würdig, kompetent und in den Formen unseres Staats gemacht –, hast Du natürlich auch ein Geschenk verdient, das ich Dir gerne übergebe. Es ist ein Gutschein für ein wunderbares Restaurant – ich kann es nur weiterempfehlen –, nämlich für den «Rosengarten» in Holzhäusern, ein unglaublich gutes Restaurant. Du wirst einen Gutschein von 500 Franken bekommen. Wenn Du so viel trinkst wie die SVP-Fraktion, wird es für *ein* Nachtessen reichen; wenn Du normal trinkst, wird es für zwei Nachtessen reichen (*Lachen im Rat*). Deshalb würde ich Dir das gerne übergeben und Dir für alles Danke sagen.» (*Die scheidende Frau Landammann erhält einen Blumenstrauß und das erwähnte Geschenk. Der Rat applaudiert.*)

Die scheidende Frau Landammann und Direktorin des Innern **Manuela Weichert-Picard** wendet sich mit folgenden Worten an die Anwesenden: «Herzlichen Dank, Kantonsrat Manuel Brandenberg, dass Sie es gewagt haben, meine Laudatio zu halten. Schon heute Mittag habe ich mich gefragt: Was mache ich ohne die Wortgefechte mit Kantonsrat Brandenberg? Sie sind aber nicht immer das schwarze Schaf. In Ihrer Wahlwerbung sprechen Sie von der «Wahrung unserer schweizerischen Werte und Traditionen» – und dazu gehört ja auch die Denkmalpflege. (*Der Rat lacht.*)

Vor zwei Jahren erlebte ich in diesem Saal den Höhepunkt meiner politischen Karriere: die Wahl zur Regierungschefin, zur «Frau Landammann», wie es so schön und ein wenig altmodisch heisst. Im ersten Wahlgang haben Sie mir Ihr Vertrauen ausgesprochen. Ich war stolz und glücklich und erinnere mich noch bestens an das wunderschöne Transparent, dass meine Mitarbeitenden an der Neugasse 2 auf dem Balkon – ohne Bewilligung notabene – angebracht haben: «Wow! Der Kanton Zug hat eine Frau Landammann. Glückwunsch, Manuela!» Ich war zu Tränen gerührt. Zu Ihnen, geschätztes Parlament, habe ich damals gesagt, dass die Wahl – da ich einer politischen Minderheit angehöre – nicht selbstverständlich sei, und dass Sie damit ein wichtiges Zeichen gesetzt hätten. Heute kann ich Ihnen sagen: Ich habe dieses Amt mit grosser Freude ausgeübt. Ja, es war eine Mehrbelastung, es war viel Druck, es waren viele zusätzliche Verpflichtungen. Und ja, es gab ein paar Nachschichten mehr. Aber ja, dieses Amt hat mir auch enorm viel gegeben, allem voran die unzähligen, herzlichen und motivierenden Begegnungen mit unserer Bevölkerung. Mein Anspruch war es, den Kanton Zug als Frau Landammann würdig und ehrenvoll zu repräsentieren, mein Anspruch war es aber auch, eine volksnahe Frau Landammann zu sein, eine Frau Landammann, die für die Sorgen und Nöte der Bevölkerung ein offenes Ohr hat. Und solche Menschen – das kann ich Ihnen versichern – gibt es im Kanton Zug.

Selbstverständlich habe ich auch meinen politischen Einfluss geltend gemacht, Allianzen geschmiedet, hie und da einen Stichentscheid gefällt und ganz viele interessante Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft kennengelernt. Doch das Landammannamt ist keine *One-woman-Show*. Ich hatte

viel Support: von meinen Regierungsratskollegen, von meiner Direktion, vor allem vom Direktionssekretariat, von der Staatskanzlei, vom Parlament, vom Kantonsratspräsidenten, von meiner Familie, von Freundinnen und Freunden, von meiner Fraktion, von meiner Partei und von den Medien. Ihnen allen gilt mein Dank.

An Silvester kommt es zur offiziellen Stab- bzw. Taktstockübergabe: Der neue Diringent heisst – ohne das Wahlergebnis vorweg zu nehmen – vermutlich Stephan Schleiss. Stephan, ich habe diesen Taktstock vor zwei Jahren von Heinz Tännler bekommen und gebe ihn Dir, nachdem Du als Statthalter erfolgreich die zweijährige Landammannlehre absolviert hast, gerne an Silvester weiter. Heinz Tännler hat – so kam es mir jedenfalls vor – im Presto regiert. Ich selbst habe dann ein Andante angeschlagen. Bald darfst Du, Stephan, das Tempo, den Ton und den Takt bestimmen. Ob Du ein Adagio oder Largo anstimmst? Wohl kaum. Das entspricht kaum Deinem Temperament und Deiner vom Militär geprägten Arbeitsweise. Bekanntlich gibt es einen dynamischen und einen statischen Dreipunktebefehl. Für die erste Regierungsratssitzung gilt als Ziel: 9. Januar 2019, um 9 Uhr pünktlich im Regierungsratszimmer. Weg ins Ziel: Jeder individuell mit entsprechender Vorbereitung und Unterlagen; Verhalten im Ziel: speditiv und lösungsorientierte Abarbeitung der Traktandenliste. Speziell für die Neuen musst Du wohl noch einen statischen Dreipunktebefehl aussprechen. Erstens: Regierungsratssitzung um 9 Uhr im Regierungsratszimmer. Zweitens: ganzer Tisch mit allen Teilnehmenden. Drittens Verhalten: nichts sagen, nur zuhören. Dies gilt natürlich nur für die Neuen! (*Der Rat lacht.*) Für diesen fachmännischen Rat musste ich übrigens beim AAL eine Schnellbleiche machen.

Und jetzt – es ist ja bald Weihnachten – kommen wir zur Bescherung. Damit die Frauen auch in Zukunft in den regierungsrätlichen Dokumenten niemals vergessen gehen, habe ich Dir, Herr Noch-Statthalter, einen Stempel mit der Endung <-innen> machen lassen, inkl. Stempelkissen. Sehr praktisch! Vor zwölf Jahren musste ich noch viele Seiten damit stempeln, heute sind es fast keine mehr. Ich hoffe, dass es so bleibt. Die Ausrede, Frauen seien mitgemeint, geht nämlich gar nicht. Frauen müssen erwähnt, präsent, ersichtlich sein.

Zum Sicherheitsdirektor: Lieber Beat, Du wirst als Regierungsrat mit der längsten Amtszeit dafür sorgen, dass in der neuen Regierung ein wenig Konstanz herrscht, dass sich die drei Neuen, Jungen, Wilden Thalmann, Hostettler und Weber gut integrieren. Damit Du auch in turbulenten Zeiten die Ruhe bewahrst, habe ich Dir ein paar Geduldsfäden mitgebracht. Auf der Packung steht: <Wenn Dein Geduldsfaden reisst, einfach einen neuen Faden zwischen die Lippen klemmen und langsam einsaugen. Dabei Augen schliessen und in aller Seelenruhe geniessen. Für ein starkes Nervenkostüm.›

Zum Finanzdirektor: Lieber Heinz, wirklich gespart werden muss ja nicht mehr. Die Steuersenkung ist vom Tisch, aber eine Finanzspritze ist zwischendurch doch noch praktisch. (*Die Direktorin des Innern holt eine grosse Plastikspritze aus ihrer Tasche, der Rat lacht.*) Gib einfach Bescheid, wenn Du sie brauchst. Das Handling kenne ich bestens, das hat auch Kantonsrat Brandenberg erwähnt. Auf der Verpackung steht: <Fördermittel zur Wunscherfüllung. Finanzspritze Kontofiller liquid.›

Zum Gesundheitsdirektor: Lieber Martin, Du musst Bescheid über die Temperatur der Bevölkerung wissen. Darum gibt es für Dich ein Thermometer. Nicht vergessen: Die Körperkerntemperatur kann über den Tag hinweg schwanken: Nachts liegt sie tiefer als tagsüber, und bei körperlicher Aktivität, aber auch bei heissen Debatten im Kantonsrat, kann sie bis zu zwei Grad Celsius steigen.

Zu meinen zwei beiden Schicksalsgenossen, dem Baudirektor und dem Volkswirtschaftsdirektor: Lieber Urs und lieber Matthias, bei Euch bedanke ich mich mit

etwas Süßes, nämlich mit der einzigartigen Landammannschoggi aus dem Hause Speck. Es ist nicht irgendeine harmlose Milchschoggi, sondern eine mit Chili und Biss. Das ist eine Geschmacksrichtung, die zu mir passt, da widerspricht wohl niemand im Saal.

Ich danke Ihnen allen für das gemeinsame Debattieren, Argumentieren, Sich-Finden und -Verlieren, Sich-Streiten und -Wieder-Versöhnen. Ob Sie es glauben oder nicht: Ich werde den politischen Betrieb zumindest am Anfang bestimmt ein wenig vermissen. Und ich werde auch Sie vermissen. Tragen Sie Sorge zur politischen Kultur, zu unserer Demokratie. Ich werde auch das Regierungsgebäude und die Neugasse 2 vermissen. Diese Häuser waren für mich eine Art zweites Zuhause. Vom Politalltag gilt es jetzt, nach zwölf Jahren, Abschied zu nehmen, dies wie bei jedem Abschied mit einem tränenden und einem lachenden Auge. Monika Kühn, die deutsche Autorin und Lyrikerin, formulierte es so: «Abschied hat einen tieferen Sinn, denn er ist immer auch ein Neubeginn.» Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und für das Vertrauen, das Sie mir geschenkt haben.» (Der Rat applaudiert.)

## 1239 Traktandum 12.4: Verabschiedung von Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel

**Andreas Hürlimann** würdigte den abtretenden Volkswirtschaftsdirektor wie folgt: «Wenn die Regierungsratstätigkeit von Matthias Michel am 31. Dezember 2018 zu Ende geht, kann er auf viele Jahre politischer Tätigkeit im Kanton Zug zurückblicken. In all diesen Jahren des Engagements hat sich im Kanton Zug einiges verändert. Nicht nur die Stadtbahn gab es damals bei Deiner Wahl in den Kantonsrat und später auch bei der Wahl in den Regierungsrat noch nicht. Auch mit der finanziellen Brille betrachtet, war der Kanton Zug ganz anders aufgestellt. Weisst Du, lieber Matthias, oder wissen Sie, liebe Anwesenden, wie hoch der Aufwand der Laufenden Rechnung des Kantons Zug sich 1995, als Du in den Kantonsrat gewählt wurdest, in etwa präsentierte? Man diskutierte 1995 im Kantonsrat noch über einen Aufwand von rund 580 Millionen Franken, als die Staatsrechnung des eidgenössischen Standes Zug zur Debatte gebracht wurde. Aber auch der öffentliche Verkehr war zu dieser Zeit – ich habe es bereits erwähnt – noch ganz anders organisiert. Die Wohnbevölkerung lag 1995 noch bei rund 92'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Verglichen mit den rund 125'000 im Jahre 2017 war es damals noch fast überschaubar heimelig. Der Kanton Zug hat sich in all den Jahren also stark entwickelt, auch dank des grossen Engagements des heutigen Volkswirtschaftsdirektors Matthias Michel.

Von 1995 bis 2002 gehörte Matthias dem Zuger Kantonsrat an. Er war Mitglied mehrerer Kommissionen, unter anderem der Staatswirtschaftskommission und der Strassenbaukommission, und er präsidierte die vorberatende Kommission zum neuen Steuergesetz. Im Januar 2003 übernahm er als neu gewählter Zuger FDP-Regierungsrat die Direktion für Bildung und Kultur. 2006, 2010 und 2014 wurde Matthias mit guten Resultaten im Amt bestätigt. Seit 2007 leitet er die Volkswirtschaftsdirektion. 2011/12 war er als Landammann der höchste Zuger Regierungsrat. In dieser Funktion hat er ein Erkennungszeichen in Umlauf gebracht, welches uns auch zukünftig immer wieder an sein Schaffen erinnern kann: den Zuger Pin, welcher von uns Behördenmitgliedern am Revers getragen wird. Für Dich, lieber Matthias, war dies stets ein starkes Symbol: ein Zeichen der Zusammengehörigkeit gegen innen und ein Bekenntnis zum Kanton Zug gegen aussen. So hast Du Deine Motivation einmal umschrieben, warum Du diesen Pin in Auftrag gegeben hast. Mit

Symbolik hast Du auch bei der Regierungsrats-Teambildung als Landammann gestartet. Du hast einen Kurs im Schweißen organisiert. Das Tagesziel der Regierung: die Kreation einer Eisenplastik. Und wenn mich nicht alles täuscht, steht diese auch heute noch irgendwo im Regierungsgebäude und symbolisiert das Zusammenwirken.

Matthias kam nach den ersten Jahren in der Bildungsdirektion in die Volkswirtschaftsdirektion. Dort ging es gleich mit Bildung weiter. Nicht nur die Berufsschulen, auch die höheren Ausbildungen im Bereich HF oder Fachhochschule waren in dieser Richtung auf der Agenda. Matthias hat zwar keine Lehre absolviert, nahm aber die Berufsbildung immer sehr ernst und setzte sich überaus stark für ein modernes und zukunftsfähiges Berufsbildungssystem ein. Aber auch sein Engagement für einen guten Standort Zug, mit Weiterbildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten auf Hochschulniveau waren Dir sehr wichtig. So gingen die Gründung des Instituts für Wissen, Energie und Rohstoffe Zug (WERZ), aber auch der Ausbau der Hochschule Luzern am Standort Rotkreuz mit dem Fachbereich Informatik und der Stärkung des Bereichs Finance in wesentlichen Punkten auf Dein Engagement zurück. Und wenn ich mich im Konkordatsrat, aber auch direkt bei der Hochschule Luzern, unserer Zentralschweizer Fachhochschule, umhöre, dann ist und war man sehr froh über Dein starkes Engagement für diese Institution. Gleichermaßen hört man im Übrigen aus der Metropolitankonferenz.

Die Wege von Matthias Michels Regierungstätigkeit kreuzten sich immer wieder mit meinen persönlichen und auch politischen Tätigkeiten, so in verschiedenen Ad-hoc-Kommissionen, beispielsweise zum bereits genannten WERZ, zum Metropolitanraum Zürich oder zu Greater Zurich Area, welche ich als Präsident begleiten durfte. Matthias Michel war als Vizepräsident des Konkordatsrats der Fachhochschule Zentralschweiz auch Festredner an der Feier zum Abschluss meiner Hochschulausbildung und hob dort u. a. mein politisches Engagement lobend hervor. Das ist mit ein Grund, weshalb ich mich geehrt fühle, heute auch Dein Engagement, Matthias, gebührend zu würdigen. Zudem kennen wir uns aus zwölf Jahren Stawiko-Visitationen. Natürlich können meine Worte nicht eine umfassende Sicht auf Deine Tätigkeit liefern. Und auch bei den Anekdoten muss ich mich beschränken, dies auf ein Ereignis aus Deiner Zeit als Landammann. Es war ein Besuch bei der Genfer Regierung angesagt. Der Landschreiber und der Rest der Delegation warteten am Bahnhof Zug auf Landammann Michel und seine Frau. Der Zug fuhr ab – ohne den Landammann. Die Genfer waren überaus bemüht um das Wohl der Zuger Delegation und erkundigten sich in regelmässigen Abständen bereits während der Zugfahrt über deren Befinden. Entsprechend nervös waren sie, als sie hörten, dass *Monsieur le Président* die gemeinsame Zugfahrt nicht wie geplant angetreten habe. Der Landschreiber beruhigte die Genfer: Matthias Michel werde den Weg nach Genf schon selber finden. In Genf war ein aufwendiger Spezialtransport mit Polizeieskorte für die Zuger organisiert worden. Dies dauerte jedoch derart lange, dass Matthias Michel und seine Frau bereits vor der übrigen Zuger Delegation im Hotel war. Was lernen wir daraus? Matthias Michel wählte manchmal einen anderen Weg – und kam vor allen anderen ans Ziel. Darum sieht man Matthias als eingefleischten Velofahrer vielleicht auch konsequent mit dem Velo zur Arbeit fahren. Für die Schlechtwettervariante gibt es glücklicherweise ja noch den ÖV, und wenn dieses Amt nun zu einer anderen Direktion wechselt, dann ist nun vielleicht definitiv die Zeit gekommen, den Fokus wieder auf anderes zu lenken, die Hektik des politischen Alltags hinter sich lassen und etwas Abstand gewinnen. So wie Matthias jeweils auf dem Stoos mit seiner Familie Abstand von der Zuger Poli-

tik nehmen und vielleicht mit etwas Schwyzer Sonne auf die Zuger Nebeldecke blicken konnte.

Lieber Matthias, Deine Familie war Dir immer wichtig. Du hast auch immer mal wieder Erlebnisse oder Anekdoten um Deine Kinder in Reden einfließen lassen. Das machte Dich nahbar und zeigte, dass auch ein Regierungsrat mit teilweise ganz einfachen familiären Begebenheiten zu kämpfen hatte. Geniesse die nun hoffentlich vermehrt zu Verfügung stehende Zeit mit Deinen Lieben. Am 1. Januar 2019 beginnt etwas Neues. Du trittst – so habe ich kürzlich gelesen – in die sogenannte VUERZ ein, die «Vereinigung der unverwüstlichen ehemaligen Regierungsrätinnen und -räte des Kantons Zug». Für diesen Beitritt musst Du keine Verhandlungen und keine Gespräche mit allen betroffenen Gruppierungen führen. Nein, es ist die logische Folge eines Entscheids, dass Du die Bühne des Regierungsrats verlässt und das Spiel auf der Dir nach all den Jahren bestens bekannten Ebene der kantonalen Exekutive nun anderen überlässt.

Lieber Matthias, im Namen des Zuger Kantonsrats und der Zuger Bevölkerung danke ich Dir herzlich für Dein grosses und weiterum geschätztes Engagement als Regierungsrat. Ich wünsche Dir alles Gute, viel Erfolg und Freude bei allen zukünftigen Schritten, beruflich wie privat.» (*Der Geehrte erhält einen Blumenstrauß überreicht, der Rat applaudiert.*)

Der scheidende Volkswirtschaftsdirektor **Matthias Michel** wendet sich mit folgenden Worten an die Anwesenden: «Vorerst danke ich Kantonsrat Andreas Hürlimann für seine würdigenden Worte. Wie so oft: Bei Laudationes gerät die Balance etwas ins Wanken zugunsten der Stärken, und ich danke Dir, dass Du meine Schwächen, die ich inzwischen selber auch gut kenne, nicht ans Licht gezogen hast.

Es ist ein Moment des Dankens. Ich beginne mit meinen Eltern, die mir eine vorurteilslose Haltung gezeigt und anerzogen haben. Sie haben sich vor 35 Jahren auch Fragen aus ihrem Freundeskreis gefallen lassen müssen, ob es denn Probleme mit dem ältesten Sohn gebe. Die Rückfrage meiner Eltern, ob dieser in den Drogen gelandet sei – es war die Zeit des Platzspitzes –, wurde quittiert mit «Nein, viel schlimmer: Er politisiert bei den Jungliberalen.» Man muss dazu wissen, dass ich aus einer CVP-Familie stamme, und trotzdem – oder vielleicht deswegen – haben meine Eltern Fritz und Elisabeth mich immer unterstützt. Meine Ehefrau heiratete mich, ohne beim Ja-Wort zu wissen, dass ich Vollblutpolitiker werde – und trotzdem blieb sie 25 Jahre bei mir. Danke, Christina, für deine Unterstützung, nicht nur in politischen Lebenslagen. Du hattest grosses Vertrauen in meine Arbeit, und Du hast Hunderte von Reden und Publikationen als Erstleserin mit der nötigen Distanz gelesen und warst – mit Deinen eigenen Worten – quasi «mein Volk». Anders die Kinder: Sie kannten mich nur im Beruf als Politiker, und mangels einer Alternative war das für sie die beste aller Welten. Sie haben mir aber immer unbewusst einen Spiegel vorgehalten. So fragte der Älteste, damals sechsjährig, am Vorabend der ersten Wahl in den Regierungsrat: «Papa, wenn Du g'wählt bisch, was wird denn besser?» Ob er diese Frage auf sich selbst, auf die Familie, auf den Kanton Zug oder gar auf die Welt bezog, weiss ich nicht. Aber recht hatte er: Es muss sich doch was ändern und im besten Fall verbessern.

Ich danke meiner Partei für die Nominierungen und für den liberalen Spielraum, den ich brauchte, und der Fraktion für den ernsthaften und respektvollen Austausch mit uns Regierungsräten; man spürte, dass man uns vermisste, wenn wir nicht dort waren. Ich danke dem Regierungskollegium für die langjährige, sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit. Und schliesslich zu Ihnen, geschätzte Kantonsrättinnen und Kantonsräte: Ich habe in der letzten Nacht von Ihnen geträumt! Sie sehen daran,

wie nahe Sie mir gehen – vielleicht auch ein Zeichen, dass es Zeit ist zu gehen. Sie haben mich viel gelehrt, nämlich:

- dass es nur mit Ihnen funktioniert, nicht gegen Sie;
- dass auf den ersten Blick fragwürdige oder schwierige Vorstösse willkommene Steilvorlagen für den Regierungsrat sind, um seine Position zu erklären bzw. manchmal auch erst zu finden;
- dass die Vorgehensweise und die Entscheidungsprozesse in einer Demokratie fast wichtiger sind als das Resultat, das man als Exekutivpolitiker im Kopf hat.

Ich danke Ihnen herzlich für die respektvolle, konstruktive Zusammenarbeit.

Mein Dank gilt auch allen Mitarbeitenden der von mir geführten Direktionen für das engagierte Zusammenwirken und der Bevölkerung für das Vertrauen über die Wahlen hinaus und die vielen Feedbacks, die man als Politikerin oder Politiker ja auch braucht. Ein solches Echo möchte ich kurz erwähnen, da es weitgehend unbekannt geblieben ist. Als Reaktion auf das Attentat im Jahr 2001 haben die Zuger Schulen eine Aktion gestartet. Die Schülerinnen und Schüler erhielten grosse farbige Blätter, auf denen sie zeichneten und malten und ihre Gefühle zum Ausdruck brachten. Diese Blätter wurden gesammelt und in drei grossen Glasbehältern aufbewahrt. Dieses Werk ist den meisten unbekannt geblieben, ich selbst habe es vor drei Jahren im kantonalen Kunstdepot erstmals gesehen. Ich habe es diese Woche in das Regierungsgebäude bringen lassen. Wenn Sie aus dem Kantonsratsaal gehen, werden Sie nun nicht mehr die vorher erwähnte Eisenskulptur, sondern diese farbige, wunderbar verdichtete Erinnerung an einen schwierigen Moment sehen, der uns alle verbindet. Ich möchte auch den damaligen Schülerinnen und Schülern, die heute alle erwachsen sind, für dieses wunderbare Werk danken

Zurück in diesen Saal: Natürlich hatte ich nicht an allen Voten und Meinungen die gleiche Freude. Doch mir half der Gedanke, dass jedes Engagement hier beseelt und motiviert ist vom Gedanken, etwas zum öffentlichen Wohl beizutragen. Und dieses öffentliche Wohl wird je nach Sichtweise unterschiedlich verstanden; es gibt – auch das habe ich gelernt – immer verschiedene Wahrheiten. Dieses öffentliche Wohl, das *bonum commune*, die *res publica*, war mir immer eine sehr sinnhafte Triebfeder für mein politisches Wirken, weshalb ich immer wirklich topmotiviert war. Und die Frage, was jede und jeder zum öffentlichen Wohl unseres Kantons und unseres Landes beitragen kann, möge Sie weiterhin begleiten. Dann kommt es gut. Ich danke Ihnen bestens.» (Der Rat applaudiert.)

## 1240 Traktandum 12.5: Verabschiedung von Baudirektor Urs Hürlimann

**Heini Schmid** verabschiedet den Baudirektor mit folgenden Worten: «Mit dem heutigen Tag geht Deine erfolgreiche, mehr als vierzigjährige Karriere im Dienst der Öffentlichkeit zu Ende. Als Lehrer, als Stabschef und Polizeikommandant der Zuger Polizei, als Kommandant Militärische Sicherheit im Rang eines Brigadiers und dann als Gesundheits- und Baudirektor hast Du der Öffentlichkeit gedient. Dieser Dienst am Staat verdient eine Würdigung – eine Würdigung Deiner Person. Und darum möchte ich den Anwesenden den Menschen Urs Hürlimann in fünf Stichworten näherbringen.

- Heimat und Natur: Aufgewachsen am Fuss der Rigi in einer dramatischen Landschaft am Übergang der Voralpen zu den Alpen, hast Du seit Deiner Kindheit, im Militär und dann auf Deiner geliebten Jagd die Berge und Hügel Deiner Heimat durchstreift. Mit jedem Schritt, mit jeder Stunde auf der Jagd zusammen mit Deinen

Kameraden und mit jeder Gefechtsübung hast Du Deine Heimat und die Natur in Dich aufgesogen und sie zu einem untrennbar mit Dir verbundenen Teil gemacht. Du kennst jeden Stein, jede militärische Stellung. Auf der Jagd und im Militär ist man nicht allein. Man pflegt die Kameradschaft und Geselligkeit. Man muss sich aufeinander verlassen können. Du bist gerne unter Menschen und am liebsten zusammen mit ihnen in der Natur. Aus dieser Verbundenheit zu Deiner Heimat und den vielen Menschen, die Du kennst, schöpfst Du die Kraft, und in dieser Verbundenheit liegt wohl auch die Wurzel für Dein Engagement für uns alle.

- Sicherheit: Dein Leben lang hast Du Dich mit Bedrohungen und Gefahren auseinandersetzen müssen. Insbesondere beim Attentat auf unseren Rat mustest Du das Grauen von Tod und Gewalt hautnah miterleben. Weil Du Deine Heimat, die Natur und die Menschen so gerne hast, willst Du sie schützen. Du denkst voraus, was alles passieren könnte. Es ist Dir wichtig, dass wir uns wappnen gegen die Unbill, die da draussen auf uns wartet. Vielleicht hat Dir dabei auch geholfen, dass Du an einem Ort aufgewachsen bist, wo sich die alten Schwyzer auf den Angriff der Habsburger vorbereitet haben. Die Verteidigungsbereitschaft scheint Dir somit in die Wiege gelegt worden zu sein.

- Strategie: Leuchttürme setzen, schon die übernächste Geländekammer im Blick haben, die nächsten Züge auf dem Schachbrett vorausdenken, sich einen Überblick verschaffen, in Ruhe die nächsten Schritte planen. Diese Stichworte zeigen auf, dass Dir der Blick vom Feldherrenhügel durchaus vertraut und die militärische Vorgehensweise zu Deiner zweiten Natur geworden sind. Viele haben von Deiner Übersicht, Deinem Organisationstalent und Deiner Fähigkeit zu führen profitiert, nicht zuletzt Gesundheitsdirektor Martin Pfister, der von Dir eine sehr gut funktionierende Direktion übernehmen durfte. Auch wenn es zuweilen hektisch zu und her ging, hast Du nie den Überblick verloren und den Fokus auf das Wesentliche gelegt. Und als Einsternegeneral hast Du die Kleinigkeiten gerne den andern überlassen – und auch erwartet, dass Deine Mitarbeiter Dir den Fussball auf den Elfmeterpunkt legen, damit Du den Elfmeter zielsicher verwandeln kannst.

- Brücken bauen: Brücken bauen war Dein Leitmotiv in der Baudirektion. Zugleich umschreibt es Dein Prinzip als Politiker: aufeinander zugehen. Schritt für Schritt gemeinsame Lösungen suchen. Ränkespiele, Intrigen, schnelle Positionswechsel, ja sogar Finten sind nicht Deine Sache. Du willst Deinen Auftrag, Deine Aufgabe umsetzen, zielgerichtet erfüllen. Nur läuft leider die Politik auch schon im kleinen Kanton Zug nicht immer so reibungslos ab. Die politische Taktik bestimmt zunehmend auch das Geschehen in diesem Rat. Und wenn Brandenberg'sche Sololäufe, linke Panzersperren und bürgerliche Unbelehrbarkeit das Vorankommen zu unmöglichen drohten, wärst Du wohl gerne wieder General gewesen. Wie gerne hättest Du mit der richtigen Taktik und der Konzentration der Mittel diese Hindernisse aus dem Weg geräumt. Du bist aber durch und durch Demokrat und hast Dich in das Schicksal gefügt und versucht, halt neue Brücken zu bauen, was Dir auch fast immer mit Bravour geglückt ist. Dies zeigt zum Glück, dass auch ein ehrlicher Soldat in der Politik erfolgreich sein kann.

- Familie: Wie es für einen Urschweizer nicht verwunderlich ist, bist du ein konservativer Mann. Deine Vorstellungen von Familie sind doch eher traditionell geprägt. Dass Frauen am Herd stehen, findest Du nicht abwegig. Deine Familienwirklichkeit ist aber eine ganz andere. Mit Regula hast Du nun wirklich nicht das Mütterchen am Herd geheiratet, sondern lebst im Gegenteil eine moderne, gleichberechtigte Partnerschaft. Dabei war Dir immer sehr bewusst, dass Dir Regula ermöglicht hat, Deinen beruflichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen. Deine Familie ist Dir wichtig. Vor kurzem bist Du stolzer zweifacher Grossvater geworden.

Deine zwei Enkelkinder sind nicht zuletzt auch der Grund, warum Du jetzt die öffentliche Bühne verlassen willst. Deine Kinder und Deine Frau mussten aus Deiner Sicht sehr oft den Preis für Deine Karriere bezahlen. Du willst nun die Prioritäten anders setzen und endlich wieder Deiner Frau und Deinen Enkelkinder die Aufmerksamkeit schenken, die sie verdienen.

Lieber Urs, wir danken Dir für den Dienst, den Du für uns geleistet hast, und wünschen Dir und Deiner Familie alles Gute. Wir entlassen Dich aus dem öffentlichen Dienst mit dem Hinweis, dass nicht nur Politiker, sondern auch Grosskinder recht widerspenstig sein können. Und wer weiss, vielleicht denkst Du in den hektischen Momenten, die da kommen werden, wehmütig an die geruhsamen Zeiten auf der Regierungsbank zurück.» (*Der scheidende Baudirektor erhält einen Blumenstrauß überreicht, der Rat applaudiert.*)

Der abtretende Baudirektor **Urs Hürlimann** wendet sich wie folgt an die Anwesenden: «Ganz herzlichen Dank, lieber Heini, für Deine Laudatio. Sie war treffend, und es ist wirklich fast alles gesagt – und zum Glück nur das Gute aus meinem Leben. Ich hatte in meinem Berufsleben ein vierfaches Privileg: zuerst das Lehrerstudium, das ich heute noch nicht missen möchte; dann eine herausfordernde Arbeit bei der Polizei im Kanton Zug und anschliessend auf Bundesebene in der Armee; und schlussendlich wieder im Kanton Zug zuhause zu sein und das ehrenvolle Amt als Regierungsrat bekleiden zu dürfen. Das war wirklich phantastisch, und das Schönste daran war: Mein Chef war das Volk. Das wurde mir erst in meiner Tätigkeit als Regierungsrat richtig bewusst. Natürlich hatte ich einen sehr kompetenten und hartnäckigen Verwaltungsrat, nämlich den Kantonsrat, und die Auseinandersetzungen mit Ihnen und die Streitkultur werde ich sicher vermissen. Ich bin sehr dankbar für das Privileg, das ich als Mensch in meinen vier Berufsleben haben durfte. In diesen vier Berufsleben habe ich mir meine eigene Lebensphilosophie aufgebaut; vieles davon hat Heini Schmid bereits erwähnt. Das Erste war die Vier-M-Strategie: Man muss Menschen mögen. Während meines ganzen Lebens und in allen Aufgaben, die mir anvertraut waren, wurde mir immer bewusster, dass man nichts erreichen kann, wenn man nicht mit Menschen umgehen und sie ins selbe Boot holen kann. Ich versuchte die Vier-M-Strategie mein Leben lang zu leben. Auch der Leuchtturm war ein wichtiger Teil meiner Philosophie. Es war mir bewusst, dass ich den Menschen, die mit mir zusammenarbeiten und mit mir ein Ziel erreichen wollten, eine Vision geben musste. Man muss den Menschen aufzeigen, wohin man gehen will, und man muss erreichen, dass sie bereit sind, ins Boot zu steigen und mitzurudern. Das Dritte ist das Bauen von Brücken. «Über sieben Brücken musst Du geh'n»: Dieses Lied des deutschen Sängers Peter Maffay habe ich unzählige Male angehört, weil ich bei der fünften Brücke wieder gescheitert war und dann die sechste oder siebte gebaut habe – ich komme darauf zurück. Für die Zukunft sind für Sie als Politiker, für unsere Gesellschaft und unsere Gemeinschaft im Kanton Zug genau diese Sachen wichtig: einerseits der Leuchtturm, denn «Gouverner, c'est prévoir», also vorausschauen, was 2040 passiert, und die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, dass sich der Kanton Zug entwickeln kann; spüren, dass ein Teil der Bevölkerung Respekt, wenn nicht gar Angst vor einem allzu starken Wachstum hat, aber auch spüren, dass sich Zug weiterentwickeln muss, wenn es ein innovativer Kanton bleiben will. Insbesondere die kantonale und gemeindliche Exekutive wird in den kommenden Jahren in der Umsetzung gefordert sein. Alle sagen: «Verdichtung ja – aber bitte nicht vor meiner Haustüre.» Alle sagen: «Wir brauchen Mobilität und gute Verkehrskonzepte – aber bitte nicht vor meiner Haustüre.» Alle sagen: «Wir brauchen ein neues 5G-Netz, um die Entwicklung im Bereich EDV mitmachen

zu können – aber bitte die Antenne nicht vor meiner Haustüre.» Alle sagen: «Wir müssen bauen, wir brauchen Kies und Deponien – aber bitte nicht vor meiner Haustüre.» Ich habe das in der Baudirektion als «Terrassenblick» bezeichnet. Sie werden das in den kommenden Jahren als Konfrontation mit den Bürgern erleben. Man wird erklären und die Zusammenhänge aufzeigen müssen, und die raumplanerischen Entscheide, die der Kantonsrat zusammen mit dem Regierungsrat in diesem Jahr erarbeitet hat, müssen umgesetzt werden. Und das geht nur zusammen mit den Menschen.

Brücken bauen: Ich erlaube mir zu sagen, dass in allen erwähnten Bereichen keine Entwicklung und kein Fortschritt möglich sein wird, wenn das Parlament nicht lernt, in der nächsten Legislatur vermehrt Kompromissbereitschaft zu zeigen. Sie sind also gefordert, Schritte aufeinander zu zu machen, denn die unheiligen Allianzen hier in Zug und erst kürzlich auch in Bundesbern sind schwierig für die Entwicklung des Kantons. Konsens, gesunder Menschenverstand und der Blick auf die Bevölkerung: Das ist eine spannende Aufgabe, für die ich Ihnen schon jetzt viel Erfolg und viel Glück wünsche.

Ich danke Ihnen, geschätzte Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats, der ganzen Bevölkerung und allen Menschen, die an meiner Seite mitgearbeitet haben, für das ausserordentliche Vertrauen, das mir geschenkt wurde, und die Wertschätzung. Meinem Nachfolger Florian Weber wünsche ich viel Glück. Es sind unglaublich spannende Aufgaben, die auf ihn, auf die neue Regierung und auf Sie als Parlament zukommen. Ich habe mit Freude und nach bestem Wissen und Gewissen dem Staat und der Bevölkerung gedient. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich melde mich ab. Alles Gute!» (*Der Rat applaudiert.*)

1241

## Traktandum 12.6: Verabschiedung von Claudia Mund, Datenschutzbeauftragte

**Thomas Werner**, Präsident der Justizprüfungskommission, verabschiedet die Datenschutzbeauftragte wie folgt: «2014 wurden Sie zur Datenschutzbeauftragten des Kantons Zug gewählt. «Frischer Wind» habe ich mir als Stichwort notiert. Viele erinnern sich an den vorherigen Datenschutzbeauftragten – und der frische Wind war schon am Tag der Wahl bzw. eigentlich schon im Bewerbungsgespräch zu spüren, als Sie der JPK eröffneten, wie Sie sich die Amtsführung vorstellten und welches Ihre Ziele waren. Und Sie haben Ihre Versprechungen eingelöst und Ihr Amt so geführt, wie wir es uns erhofft haben: dialogorientiert. Claudia Mund war keine Datenschutzbeauftragte, die uns den Datenschutz einfach aufs Auge drückte. Sie war vielmehr lösungsorientiert, suchte zusammen mit uns nach Lösungen und hatte immer ein offenes Ohr für unsere Anliegen. Sie entschied von Fall zu Fall und wollte keine zu grossen Projekte durchdrücken, sondern in kleinen Schritten sukzessive vorwärtsgehen und den Datenschutz verbessern. Als positiv zu erwähnen ist auch, dass sie nach Zug gezogen ist. Sie ist also nicht nur hierhergekommen, um den Lohn zu beziehen, sondern hat sich zusammen mit ihrem Mann schnell in Zug integriert. Dass sie kompetent, flexibel und genau ist, zeigt sich auch darin, dass sie in diversen gesamtschweizerischen Gremien mitwirkt und dort als hochqualifizierte Spezialistin anerkannt ist. Sehr viele Kantonsräatinnen und -räte rühmen die gute Zusammenarbeit mit ihr, ihre zuvorkommende Art und dass sie stets versucht hat, gemeinsam eine Lösung zu finden.

Eigentlich ist es ein richtig schöner, interessanter Job. Dass Claudia Mund bereits nach vier Jahren weiterzieht, kann ich verstehen. Ihre Zukunftsansichten sind

prächtig: Zusammen mit ihrem Mann wird sie die Welt erkunden und sich für eine Weile abmelden. Da bleibt mir nur übrig, Ihnen einerseits zu dieser Entscheidung zu gratulieren – es gibt Wichtigeres als die Arbeit, wenn man es sich leisten kann –, und Ihnen andererseits ganz herzlich für Ihre Arbeit und Ihren Einsatz für den Kanton Zug zu danken. Im Namen des Kantonsrats wünsche ich Ihnen alles Gute für die Zukunft.» (*Die scheidende Datenschutzbeauftragte erhält einen Blumenstrauß überreicht, der Rat applaudiert.*)

Die zurücktretende Datenschutzbeauftragte **Claudia Mund** wendet sich folgt an den Rat: «Ich gebe es zu: Mein Mann hat mir ein wunderschönes Angebot gemacht, das der Kanton Zug leider nicht toppen konnte. Deshalb verlasse ich die Stelle nach vier Jahren bereits wieder. Es waren vier bereichernde und sehr schöne Jahre, die ich im Dienst des Kantons Zug und der Zuger Bevölkerung verbringen durfte. Ich möchte Ihnen allen dafür ganz herzlich Danke sagen.» (*Der Rat applaudiert.*)

## 1242 Traktandum 12.7: Verabschiedung von Katharina Landolf, Ombudsfrau

**Thomas Werner**, Präsident der Justizprüfungskommission, verabschiedet die Ombudsfrau wie folgt: «Acht Jahre lang durften wir auf unsere Ombudsfrau zählen. Diese Jahre waren geprägt von einer hohen Fachkompetenz, von juristisch sehr guten Entscheiden und einem offenen Ohr für Probleme, die juristisch vielleicht nicht immer gelöst werden konnten, bei denen es aber wichtig war, zuzuhören und zu verstehen, so dass sich die Personen, die sich an die Ombudsperson wandten, ernst genommen fühlten. Acht Jahre fadengerade Ehrlichkeit, Durchsetzungsvermögen und Unabhängigkeit. Auf ihre Unabhängigkeit hat unsere Ombudsperson stets bestanden und diese auch eingefordert. Davon können diverse JPK-Mitglieder ein Lied singen: Wir haben bei unserer Ombudsfrau ab und zu hartes Brot gegessen. Es waren aber auch acht Jahre harte, aber faire und stets von Respekt geprägte Diskussionen. Das rechne ich persönlich unserer Ombudsfrau sehr hoch an. Auch wir waren nicht immer gleicher Meinung, aber wir haben uns stets mit Respekt behandelt, was immer wieder Zuversicht gibt: Auch wenn man politisch aus unterschiedlichen Lagern kommt und unterschiedlicher Meinung ist, kann man über eine Thematik diskutieren und am Schluss eine Lösung finden.

Nach acht Jahren hat sich unsere Ombudsfrau entschieden, nicht mehr täglich von Zürich nach Zug zu pendeln. Sie hat sich dafür eingesetzt, dass eine gute Nachfolge gefunden werden konnte. Das ehrt sie. Sie sagte nicht einfach ‹Tschüss› und ‹Nach mir die Sintflut›, sondern wollte, dass die Suche nach der Nachfolgerin oder dem Nachfolger gut aufgegelistet wurde. Katharina Landolf will nicht nur nicht mehr nach Zug pendeln, sie will vielleicht auch für längere Zeit nichts mehr sagen. Ich hoffe aber, dass sie heute noch eine Ausnahme macht und erst danach ihre Redeauszeit nimmt – ob in einem Kloster oder in einer Berghütte, weiß ich nicht. Auch das ist aber eine schöne Idee, und ich kann mir sehr gut vorstellen, dass es angenehm ist, einfach mal nichts zu sagen und auch nicht zuhören zu müssen. Im Namen der Justizprüfungskommission, des ganzen Kantonsrats und auch derjenigen, die bei Ihnen Hilfe gesucht haben, danke ich Ihnen herzlich für Ihren sehr kompetenten Einsatz und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute.» (*Die Ombudsfrau erhält einen Blumenstrauß überreicht, der Rat applaudiert.*)

Die scheidende Ombudsfrau **Katharina Landolf** verabschiedet sich mit folgenden Worten: «Es war mir eine Ehre, in den letzten acht Jahren für die Ombudsstelle des Kantons Zug tätig zu sein. Ich danke Ihnen allen, vor allem aber auch der Bevölkerung des Kantons Zug für das Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht haben. Ich zitiere aus einer Rede von Emily O'Reilly, der europäischen Bürgerbeauftragten: <Die Konferenz [= das Netzwerk der europäischen Ombudspersonen] erinnerte an die Befugnisse eines Bürgerbeauftragten. Wir arbeiten mit unterschiedlichen Mandaten, unterschiedlichen kulturellen Erwartungen an die Arbeit, unterschiedlichen politischen Gegebenheiten und unseren eigenen einzigartigen Persönlichkeiten, die sich auf die Art und Weise auswirken, wie wir unsere Arbeit tun und unsere Rolle sehen. Aber die Menschen, die sich an einen Bürgerbeauftragten wenden, verbringen nicht allzu viel Zeit damit, diese Unterschiede zu berücksichtigen. Sie sehen uns als jemanden, der ihnen einfach nur helfen soll. Und das ist die Verpflichtung, die uns alle verbindet.› In diesem Sinn verstand und verstehe ich auch meine Arbeit und meinen Auftrag als Ombudsperson, und diese Herausforderung war spannend, anregend – und manchmal auch beschwerlich. Ich durfte vielen verschiedenen Menschen begegnen und mich mit Themen auseinandersetzen, die mir vorher noch gar nicht bekannt waren. Diese Bereicherung war mir Lohn und gleichzeitig auch Motivation. Ich wünsche meiner Nachfolgerin die gleiche Befriedigung in dieser Aufgabe und hoffe, dass Sie auch ihr das gleiche Vertrauen schenken werden. Seien Sie stolz auf Ihre Ombudsstelle, denn Zug ist einer der nur sechs Kantone, die sich eine solche Stelle leisten, und der einzige Kanton in der Zentralschweiz, der seiner Bevölkerung diese Dienstleistung anbietet. Es ist Zeichen eines modernen Staatsverständnisses, seiner Bevölkerung auf Augenhöhe zu begegnen und sich in seinem eigenen Tun hinterfragen zu lassen. In diesem Sinn danke ich Ihnen und sage Adieu.» (*Der Rat applaudiert.*)

**1243 Traktandum 12.8: Verabschiedung von Pascal Schuler, Stellvertreter der Ombudsperson**

**Thomas Werner**, Präsident der Justizprüfungskommission, fühlt sich etwas überfordert: Ist Pascal Schuler überhaupt im Saal? (*Der Rat lacht.*) Die Stellvertretung ist ja eher eine technische Sache, da es möglicherweise mal eine Konstellation geben könnte, in welcher sie oder er tatsächlich zu einem Einsatz kommen würde. Die Justizprüfungskommission hatte denn auch nie die Gelegenheit, Pascal Schuler kennenzulernen. Umso mehr freut sich deren Präsident sich, ihn kennenzulernen. Er kann über keine Begegnung mit ihm berichten, dankt ihm aber auch im Namen des ganzen Kantonsrats herzlich dafür, dass er sich bereit erklärt hat, dieses Amt übernehmen. Er wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. (*Der Geehrte erhält einen Blumenstrauß, der Rat applaudiert.*)

**Pascal Schuler**, Stellvertreter der Ombudsperson, hält fest, dass er mit einem einzigen Fall betraut war und sehr viel von Katharina Landolt und ihrer Art profitiert hat. Er wünscht dem Kanton Zug und der seiner Bevölkerung, dass die Ombudsstelle noch lange bestehen bleibt, dies in der Unabhängigkeit, die Katharina Landolt mitkreiert hat. (*Der Rat applaudiert.*)

Der **Vorsitzende** hält fest, dass mit der heutigen Sitzung die 31. Legislaturperiode abgeschlossen wird; die begonnenen Arbeiten müssen im nächsten Jahr beendet und erledigt werden. Er verabschiedet sich als Kantonsratspräsident von den Kantonsratsmitgliedern mit den besten Wünschen für deren weitere private, berufliche und politische Zukunft.

Das grösste Geschenk, das man an Weihnachten machen kann, ist Zeit zu schenken. Obwohl dieses Geschenk nichts kostet, fordert es heraus. Man muss innehalten, sich allenfalls einen *Schupf* geben und auf andere Menschen im Familien- und Bekanntenkreis zugehen. Es wird sich lohnen: Mit kaum etwas anderem kann man seine Wertschätzung mehr zum Ausdruck bringen als mit diesem kostbaren Gut. In diesem Sinn wünscht der Kantonsratspräsident allen Anwesenden und ihren Liebsten besinnliche Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins neue Jahr. *(Der Rat applaudiert.)*

#### 1244 Nächste Sitzung

Donnerstag, 20. Dezember 2018 (Halbtagsessitzung).

Es handelt sich um die konstituierende Sitzung für die 32. Legislaturperiode.

#### Detaillierter Report der Abstimmungsergebnisse

<https://www.zg.ch/kr-abstimmungsergebnisse>

